

Interne Revision

Revision SGB II

Bericht
gemäß § 49 SGB II

**Ordnungsmäßigkeit und Qualität
der Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II,
der Gewährung von Eingliederungsleistungen
einschließlich bewerberorientierter Integrationsarbeit
sowie Prüfung der Fachaufsicht
(1. Halbjahr 2013)**



Bundesagentur für Arbeit

Link zum Dokument:

http://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mjm4/~edisp/l6019022dstbai679382.pdf?_b a.sid=L6019022DSTBAI679385

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-------|---|----|
| 1. | Revisionsauftrag | 1 |
| 2. | Zusammenfassung | 1 |
| 3. | Ergebnisse der Ursachenanalyse | 2 |
| 4. | Ergebnisse der Einzelfallprüfungen | 4 |
| 4.1 | Arbeitslosengeld II | 4 |
| 4.2 | Eingliederungsleistungen einschließlich bewerberorientierter Integrationsarbeit | 6 |
| 4.3 | Fachaufsicht | 9 |
| 4.3.1 | Regelungen und Gesamtprozess der Fachaufsicht | 9 |
| 4.3.2 | Durchführung der Fachaufsicht | 10 |
| 4.4 | Vereinbarungen mit den geprüften gE | 11 |
| 4.5 | Empfehlungen an die Geschäftsführungen der gE | 12 |
| 5. | Mindestkundenkontaktdichte | 12 |
| 6. | Feedback der geprüften gE zur durchgeführten Revision | 12 |

| | |
|-------------|--|
| Anlage 1 | Abkürzungsverzeichnis |
| Anlage 2.1 | Ergebnisüberblick – Gesamtergebnis 1. Halbjahr 2013 |
| Anlage 2.2 | Ergebnisüberblick – Arbeitslosengeld II 2012/1. Halbjahr 2013 |
| Anlage 2.3 | Ergebnisüberblick – Eingliederungsleistungen 2012/ 1. Halbjahr 2013 |
| Anlage 2.4 | Ergebnisüberblick – Fachaufsicht 2012/1. Halbjahr 2013 |
| Anlage 3.1 | Arbeitslosengeld II – Ordnungsmäßigkeit |
| Anlage 3.2 | Arbeitslosengeld II – Dokumentation Antragsabgabe |
| Anlage 4.1 | Bewerberorientierte Integrationsarbeit |
| Anlage 4.2 | Arbeitsgelegenheiten – Maßnahmen |
| Anlage 4.3 | Arbeitsgelegenheiten – Teilnehmerinnen/Teilnehmer |
| Anlage 4.4 | Bildungsgutschein |
| Anlage 4.5 | Eingliederungszuschuss |
| Anlage 4.6 | Einstiegsgeld |
| Anlage 4.7 | Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei Arbeitgebern |
| Anlage 4.8 | Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei Trägern |
| Anlage 4.9 | Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei Trägern – Vergabe |
| Anlage 4.10 | Vermittlungsbudget |
| Anlage 5.1 | Fachaufsicht – Regelungen und Gesamtprozess |
| Anlage 5.2 | Durchführung der Fachaufsicht |
| Anlage 6 | Mindestkundenkontaktdichtekonzept |

1. Revisionsauftrag

Der Vorstand der BA hat in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die Interne Revision SGB II beauftragt, im ersten Halbjahr 2013 die Ordnungsmäßigkeit und Qualität

der Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II,
der Gewährung von Eingliederungsleistungen einschließlich der bewerberorientierten Integrationsarbeit sowie
die Fachaufsicht

in den gemeinsamen Einrichtungen (gE) stichprobenweise zu prüfen.

Im ersten Halbjahr 2013 wurden 42 gE geprüft. Die Ordnungsmäßigkeit bzw. Qualität der Aufgabenerledigung wurde durch Einzelfallprüfungen obligatorisch einzubeziehender und risikoorientiert auszuwählender Leistungen geprüft, die insgesamt das Kerngeschäft der gE abbilden. Bei der Prüfung der Fachaufsicht wurden die gE-spezifischen Regelungen und die jeweilige Durchführung der fachaufsichtlichen Kontrollen bewertet. Soweit bei der Ordnungsmäßigkeitsprüfung hohe Fehlerquoten festgestellt worden sind, wurden darüber hinaus die möglichen Ursachen hierfür analysiert.

Inhalte der Prüfung

2. Zusammenfassung¹

Insgesamt betrachtet hat sich die Qualität der Aufgabenerledigung im ersten Halbjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Mängel in der Fachaufsicht führten weiterhin dazu, dass Bearbeitungsmängel sowie deren Ursachen häufig nicht erkannt wurden.

Für die in den gE festgestellten Mängel wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Ursachen identifiziert. Zur Behebung von 2 vielfach ermittelten Fehlerursachen sieht die Interne Revision zentralen Handlungsbedarf (Ziffer 3).

Der Anteil der fehlerhaften Entscheidungen im Bereich der Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II bewegt sich insgesamt auf einem unverändert niedrigen Niveau. Bei Einzelaspekten ergaben sich jedoch weiterhin hohe Fehlerquoten (Ziffer 4.1).

Eine Vielzahl der festgestellten Umsetzungsmängel beeinträchtigt die Qualität, die Dauer und den Erfolg des Integrationsprozesses. Es besteht das Risiko, dass Integrationen nicht, nicht zeitnah und/oder unwirtschaftlich erfolgen und damit die Zielerreichung gefährdet ist. So besteht insbesondere hinsichtlich der Begründung von Ermessensentscheidungen zur Erforderlichkeit sowie zur Dauer und Höhe der gewährten Eingliederungsleistungen weiterhin Handlungsbedarf. Bei der Bewilligung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung besteht darüber hinaus drin-

¹ ■ = hohes Risiko; ◆ = mittleres Risiko; ● = niedriges Risiko

gender Handlungsbedarf zur Klärung des Vorliegens der Fördervoraussetzungen (Ziffer 4.2).

- Die Regelungen zur Fachaufsicht erfüllten lediglich in 4 der 42 geprüften gE vollständig die verbindlichen Anforderungen des Handbuchs Interne Kontrollsysteme. Eines bzw. mehrere der fachaufsichtlichen Kernelemente waren in der überwiegenden Anzahl der geprüften gE geregelt. Handlungsbedarf besteht weiterhin hinsichtlich der Regelungen zur Auswahl der zu prüfenden Fälle sowie von Festlegungen, die eine risikoorientierte Weiterentwicklung der Fachaufsicht gewährleisten. Auch zur aktiven Einbindung der Geschäftsführungen und Bereichsleitungen in den Gesamtprozess der Fachaufsicht besteht weiterhin Optimierungsbedarf (Ziffer 4.3.1).

- In annähernd der Hälfte der Sachverhalte war das fachaufsichtliche Handeln der gE nicht angemessen. Die gE hatten ihre Festlegungen zur Durchführung der Fachaufsicht häufig nicht oder nicht umfassend umgesetzt. Darüber hinaus waren Kontrollergebnisse zu einem hohen Anteil nicht durchgängig schriftlich bewertet, festgelegte Maßnahmen nicht schlüssig bzw. nicht termingerecht umgesetzt worden (Ziffer 4.3.2).

3. Ergebnisse der Ursachenanalyse

Für die in den gE festgestellten Mängel wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Ursachen identifiziert. Zur Behebung von 2 vielfach ermittelten Fehlerursachen sieht die Interne Revision zentralen Handlungsbedarf.

Die Ursachenanalyse im Rahmen der vertikalen Revision soll die gE dabei unterstützen, die den festgestellten Fehlern zugrunde liegenden Ursachen zu identifizieren. Ohne die Durchführung einer Ursachenanalyse und ohne angemessene Schwachstellenbeseitigung besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass festgestellte Mängel wiederholt auftreten.

Durch eine Zuordnung von Fehlern zu bestimmten Fehlerursachen lassen sich gezielt Maßnahmen zur Verringerung der Fehleranzahl ableiten. In komplexen Geschäftsprozessen lassen sich Fehler selten allein einer konkreten Ursache zuordnen. Oft kommen mehrere Faktoren zusammen, die zu einer Fehlerhäufung führen. Den einzelnen Faktoren ihren spezifischen Beitrag zum Fehleraufkommen zuzuordnen, ist nicht möglich.

In den geprüften gE wurden insgesamt 87 Analysen zu möglichen Ursachen für die festgestellten Mängel vorgenommen. Davon betrafen 76 Recherchen den Bereich der Eingliederungsleistungen, 4 die bewerberorientierte Integrationsarbeit und 7 den Bereich der Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II (Alg II). Dabei wurden Ursachenanalysen insbesondere hinsichtlich der fehlerbehafteten Eingliederungsvereinbarungen (EinV) und der festgestellten Dokumentationsdefizite durchgeführt.

Die im Rahmen der Ursachenanalyse gewonnenen spezifischen Erkenntnisse wurden den gE jeweils mit den Revisionsergebnissen schriftlich übermittelt.

Für die Fehlerhäufungen wurden wiederholt folgende Ursachen identifiziert:

- **Fehlende Sensibilisierung der agierenden Personen (z. B. für die Umsetzung von Vorgaben, Einhaltung von Qualitätsstandards)**

Interne Revision

Fehlerhafte Auslegung von Regelungen

Qualifikationsdefizite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Darüber hinaus wurden in einzelnen gE beispielsweise folgende Ursachen erkannt:

Unzureichende Kommunikation neuer Regelungen

Unterlassene Sachverhaltsaufklärung hinsichtlich der Fördervoraussetzungen im Rahmen der Bewilligung von Arbeitsgelegenheiten (AGH), da unzureichende Angaben der Träger als ausreichend erachtet wurden

Übertragung der nicht übertragbaren Aufgabe zur Festsetzung der Höhe der Fahrkosten an Träger von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung

Verwendung von Textbausteinen für die Erstellung von EinV, die nicht individualisiert wurden oder nicht den geltenden Regelungen entsprachen

Mängel bei der Nutzung von Wiedervorlagen mit der Folge nicht überwachter und fehlender Berichtseingänge von Maßnahmeträgern und Arbeitgebern

Neben den in den gE unmittelbar liegenden Fehlerursachen konnte die Ursachenanalyse auch Hinweise auf zentralen Handlungsbedarf liefern:

Die festgestellten hohen Fehlerquoten in Folge der unterlassenen Dokumentation von Maßnahmedetails zu Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Arbeitgeber/Träger (MAG/MAT) im Beratungsvermerk wurden von den gE nahezu ausnahmslos damit begründet, dass diese Dokumentationsverpflichtung zwar grundsätzlich bekannt wäre, deren Sinn jedoch in Frage gestellt werde.

MAG/MAT

Die Fachlichen Hinweise zu MAG und MAT sehen eine Vielzahl von Verfahrensschritten vor. So ist es erforderlich, neben der Erfassung der Maßnahme bzw. der Teilnehmerin/des Teilnehmers in COSACH u. a.

Bewertung

einen Beratungsvermerk in VerBIS unter Benennung des Arbeitgebers/Trägers, des Maßnahmezeitraums, des Maßnahmeinhalts/-ziels und der Maßnahmennummer zu erstellen sowie

eine EinV mit Benennung der Leistungsart MAG bzw. MAT zu erstellen bzw. anzupassen.

Die im Beratungsvermerk zu dokumentierenden Daten sind bereits durch die Erfassung in COSACH auch in VerBIS verfügbar. Darüber hinaus soll die Teilnahme an einer MAG nahezu ausnahmslos sehr kurzfristig beginnen (häufig innerhalb von 24 Stunden) und erfordert damit ein unverzügliches Agieren der gE. Die Maßnahmeteilnahme ist in nahezu allen Fällen lediglich mit Fahrkosten in geringer Höhe verbunden. Zudem wird durch die zusätzliche Dokumentationsverpflichtung der mögliche Integrationserfolg nicht befördert. Die geforderte zusätzliche Erfassung aller Angaben zur Maßnahme in der Kun-

denhistorie von VerBIS ist deshalb für die weitere Integrationsarbeit aus Sicht der Internen Revision nicht erforderlich und nicht verwaltungsökonomisch.

Der Zentrale wird empfohlen, die Fachlichen Hinweise zu MAG und MAT anzupassen und auf die Dokumentation des Arbeitgebers/Trägers, des Maßnahmezeitraums, des Maßnahmeinhalts/-ziels und der Maßnahmennummer im Beratungsvermerk in VerBIS künftig zu verzichten.

Empfehlung 1 an die Zentrale

Im Rahmen der Inanspruchnahme eines Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheines für MAG (AVGS-MAG) ist darüber hinaus

AVGS-MAG

bei Ausgabe und Einlösung des AVGS jeweils eine EinV zu erstellen bzw. anzupassen,

ein Bewilligungsbescheid zu fertigen sowie

sicherzustellen, dass die Kundin/der Kunde die Maßnahme erst nach Zugang des Bescheides antritt.

Die Regelungen, nach bereits ausgegebenem AVGS-MAG, die EinV anzupassen und einen Bewilligungsbescheid zu erstellen sowie den Maßnahmenantritt durch die Kundinnen/Kunden nach Zugang des Bescheides sicherzustellen, wirken der kurzfristigen Ausrichtung der MAG entgegen. Mögliche Integrationen können sich in der Folge verzögern oder werden sogar verhindert, da für die Arbeitgeber eine Verzögerung des Maßnahmenantritts in der Regel nicht akzeptabel ist.

Der Zentrale wird empfohlen, das Verfahren bei Inanspruchnahme eines AVGS-MAG unter verwaltungsökonomischen Aspekten zu evaluieren und ggf. anzupassen. In diesem Zusammenhang sollten insbesondere der Umfang der erforderlichen Erstellung/Anpassung der Eingliederungsvereinbarung und das Bewilligungsverfahren hinterfragt werden. Den gE sollte ermöglicht werden, den kurzfristigen Bedürfnissen der Arbeitgeber zeitnäher und flexibler begegnen.

Empfehlung 2 an die Zentrale

4. Ergebnisse der Einzelfallprüfungen

Die Darstellung der Ergebnisse aus der Einzelfallprüfung beschränkt sich auf die wesentlichen Feststellungen. Eine Übersicht über die Ergebnisse der geprüften Leistungen ist als **Anlage 2.1** beigefügt.

Die Entwicklung der Fehlerquoten im Vergleich zum Jahr 2012 ist in den **Anlagen 2.2** (Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II), **2.3** (Eingliederungsleistungen einschließlich bewerberorientierter Integrationsarbeit) und **2.4** (Fachaufsicht) dargestellt. Dabei ist zu beachten, dass eine Vergleichbarkeit der aktuellen Ergebnisse mit denen des Vorjahres nur bedingt gegeben ist, da das Vorgehen der Internen Revision bei der Durchführung der Prüfung laufend an eine ggf. geänderte Rechts-/Weisungslage angepasst und methodisch optimiert wird. Dennoch dient ein Vergleich der Orientierung, wie sich die Bearbeitungsqualität insgesamt entwickelt hat.

4.1 Arbeitslosengeld II

Der Anteil der fehlerhaften Entscheidungen im Bereich der Leistungsgewährung Arbeitslosengeld II bewegt sich insgesamt auf einem unverän-

dert niedrigen Niveau. Bei Einzelaspekten ergaben sich jedoch weiterhin hohe Fehlerquoten.

Die Prüfung der 1.260 Leistungsfälle umfasste insgesamt 34.700 Entscheidungen. In der Summe wurden 1.831 fehlerhafte Entscheidungen (5 %) festgestellt (ohne Berücksichtigung des Themenbereiches „Dokumentation der Antragsabgabe“).

Detaillierte Informationen enthalten die **Anlagen 3.1 und 3.2.**

Bei den folgenden Einzelaspekten ergaben sich hohe Fehlerquoten:

| | |
|---|----------------------------------|
| Von den gE wurden Unterhaltsgewährungen bzw. Unterhaltsansprüche von in der Haushaltsgemeinschaft lebenden Verwandten und Verschwägerten bei 27 von 244 Sachverhalten (11 %), des geschiedenen/getrennt lebenden Ehegatten/Lebenspartners bei 55 von 290 Sachverhalten (19 %), des ledigen Elternteiles in 19 von 108 Sachverhalten (18 %), des minderjährigen Kindes nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch in 42 von 371 Sachverhalten (11 %) und des Kindes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz in 29 von 253 Sachverhalten (11 %) nicht beachtet bzw. nicht geprüft. | Unterhaltsanspruch |
| Der Anspruch auf die vorrangige Leistung Kindergeld wurde in 23 von 127 Sachverhalten (18 %) nicht geprüft. | Vorrangige Leistungen |
| Gesetzlich vorgeschriebene und private Versicherungen wurden in 59 von 144 Sachverhalten (41 %) nicht oder in unzutreffender Höhe berücksichtigt. | Einkommen |
| Die Entscheidung zur Anerkennung eines Mehrbedarfes für Energie bei dezentraler Warmwassererzeugung entsprach bei 100 von 372 Sachverhalten (27 %) nicht den gesetzlichen Anforderungen oder der Sachverhalt war nicht ordnungsgemäß aufgeklärt worden. | Mehrbedarfe |
| In 42 von 144 Sachverhalten (29 %) wurde nicht geprüft, ob eine Pflichtverletzung vorlag bzw. wurde bei Vorliegen einer Pflichtverletzung nicht entschieden, ob das Alg II zu mindern gewesen wäre. | Pflichtverletzungen |
| Der Vorrang einer Familienversicherung wurde bei 47 von 418 Sachverhalten (11 %) nicht geklärt bzw. nicht beachtet. | Sozialversicherung |
| Die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung wurden bei Midi-Jobs in 61 von 108 Sachverhalten (56 %) und bei versicherungspflichtigen Beschäftigten in 33 von 159 Sachverhalten (21 %) nicht ordnungsgemäß entrichtet. | |
| Die Entscheidung zur Aufrechnung war in 46 von 97 Sachverhalten (47 %) nicht zutreffend erfolgt. | SGB I, § 43 SGB II, SGB X |
| Die Entscheidung über die Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse war in 45 von 336 Sachverhalten (13 %) nicht ordnungsgemäß getroffen worden. | |

Über die Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen war in 27 von 153 Sachverhalten (18 %) nicht zutreffend entschieden worden.

Der Anteil der fehlerhaften Entscheidungen im Bereich der Leistungsgewährung Alg II bewegt sich insgesamt auf einem unverändert niedrigen Niveau. Die festgestellten Fehlerhäufungen bei einzelnen Aspekten beinhalten das Risiko, dass die gE Leistungen in unzutreffender Höhe oder zu Unrecht gewähren bzw. ihre Ansprüche gegenüber Leistungsberechtigten/Dritten nicht umfassend realisieren.

Bewertung

4.2 Eingliederungsleistungen einschließlich bewerberorientierter Integrationsarbeit

Eine Vielzahl der festgestellten Umsetzungsmängel beeinträchtigt die Qualität, die Dauer und den Erfolg des Integrationsprozesses. Es besteht das Risiko, dass Integrationen nicht, nicht zeitnah und/oder unwirtschaftlich erfolgen und damit die Zielerreichung gefährdet ist. So besteht insbesondere hinsichtlich der Begründung von Ermessensentscheidungen zur Erforderlichkeit sowie zur Dauer und Höhe der gewährten Eingliederungsleistungen weiterhin Handlungsbedarf. Bei der Bewilligung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung besteht darüber hinaus dringender Handlungsbedarf zur Klärung des Vorliegens der Fördervoraussetzungen.

Die Prüfung der Eingliederungsleistungen einschließlich der bewerberorientierten Integrationsarbeit nach dem 4-Phasen-Modell umfasste insgesamt 93.467 Entscheidungen, von denen 13.797 (15 %) nicht ordnungsgemäß waren. Von den fehlerhaften Entscheidungen betrafen 11.972 Entscheidungen (87 %) den Bereich der Eingliederungsleistungen und 1.825 Entscheidungen (13 %) die bewerberorientierte Integrationsarbeit.

Detaillierte Informationen enthalten die **Anlagen 4.1 bis 4.10**.

Im Zusammenhang mit der Erstellung und individuellen Ausgestaltung der EinV sowie deren erforderlicher Fortschreibung bei Anpassung der Integrationsstrategie wurden bei allen Integrationsleistungen weiterhin erhebliche Defizite festgestellt.

Eingliederungsvereinbarung

Besonders deutlich wird dies anhand der folgenden Beispiele:

Von 377 Förderungen mit Einstiegsgeld lag in 271 Fällen (72 %) keine EinV vor, die diese Leistung beinhaltet.

Die erforderliche EinV mit Benennung der Leistungsart Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Arbeitgeber lag für 260 von 351 Teilnehmerinnen/Teilnehmer (74 %) zum Beginn der Maßnahme nicht vor.

Bei allen Integrationsleistungen bzw. der bewerberorientierten Integrationsarbeit bestanden unverändert Mängel hinsichtlich der Dokumentationsanfordernisse

Dokumentation

zur Begründung, warum vorrangige Leistungen nicht eingesetzt werden konnten,

zur Erforderlichkeit der Förderung bzw. Eignung der Kundin/des Kunden und/oder

bei Ermessensentscheidungen zur Dauer und/oder Höhe der Förderung.

Interne Revision

Anhand der folgenden Beispiele wird dies leistungsübergreifend aufgezeigt:

Anlässlich der Zuweisung in eine Tätigkeit in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH) war in 351 von 722 Fällen (49 %) nicht dokumentiert, warum vorrangige Eingliederungsleistungen nicht eingesetzt werden konnten.

Die Eignung der Kundinnen/Kunden für das im Bildungsgutschein (BGS) festgelegte Bildungsziel war in 89 von 702 Fällen (13 %) nicht oder nur unzureichend in VerBIS dokumentiert.

Die Ermessensentscheidung zur Höhe und/oder Dauer der Leistungen aus dem Vermittlungsbudget war in 264 von 1.208 Fällen (22 %) nicht nachvollziehbar begründet.

Daneben wurden leistungsspezifische Auffälligkeiten identifiziert:

Von insgesamt 2.529 Entscheidungen zu den Fördervoraussetzungen öffentliches Interesse, Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität entsprachen 1.121 Entscheidungen (44 %) nicht den Regelungen. Bei 235 der Entscheidungen hatten die Fördervoraussetzungen nicht vorgelegen. Bei den verbleibenden 886 Entscheidungen hatten die gE das Vorliegen der Fördervoraussetzungen nicht umfassend geklärt.

AGH-Maßnahmen

Bei 368 von 843 Fällen (44 %) lag vom Maßnahmeträger keine Aussage zu Art und Umfang der Betreuung der Teilnehmerinnen/Teilnehmer während der Ausübung der jeweiligen Tätigkeit in AGH vor.

Bei 297 von 843 Fällen (35 %) fehlten Aussagen zur Qualifikation des Anleiterpersonals.

Zu 141 der 706 von der Internen Revision identifizierten Einsatzstellen (20 %) lag kein gemeinsamer Antrag des Maßnahmeträgers und der jeweiligen Einsatzstelle/-n vor.

In 80 von 433 Fällen (18 %) lag der Gewährung einer Maßnahme-kostenpauschale keine aussagekräftige Kostenkalkulation des Trägers zugrunde.

Die Höhe der Maßnahmekostenpauschale war in 48 von 353 Fällen (14 %) bezogen auf das jeweilige Maßnahmekonzept nicht plausibel.

Bei 39 von 134 Maßnahmen (29 %) lag der im Bewilligungsbescheid beauftragte Zwischenbericht nicht vor.

Eine Betreuung der Kundinnen/Kunden durch die gE während der Teilnahme an AGH konnte den Bewerberdatensätzen in 248 von 860 Fällen (29 %) nicht entnommen werden.

AGH-Teilnehmerinnen/Teilnehmer

In 151 von 961 Fällen (16 %) war nach Beendigung der Maßnahme kein Beratungsgespräch zur Anpassung der Integrationsstrategie dokumentiert.

Für 125 von 820 Kundinnen/Kunden (15 %) war eine freie Trägerwahl nicht möglich, da die Integrationsfachkräfte im BGS bereits einen konkreten Bildungsträger benannt hatten.

Bildungsgutschein

Interne Revision

Die in der jeweiligen Bildungsmaßnahme erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten waren in 32 von 191 Fällen (17 %) nicht in VerBIS dokumentiert.

Anlässlich der Beendigung einer Bildungsmaßnahme war in 112 von 648 Fällen (17 %) nicht dokumentiert, dass ein Beratungsgespräch zur Anpassung der Integrationsstrategie geführt worden war.

Mängel wurden vor allem bei der einzelfallbezogenen Bemessung von Einstiegsgeld identifiziert. 140 von 887 Entscheidungen (16 %) waren nicht weisungsgemäß getroffen worden. In den betroffenen Fällen hatten die gE den Grundbetrag in unzutreffender Höhe festgesetzt bzw. Ergänzungsbeträge nicht oder in unzutreffender Höhe gewährt.

Einstiegsgeld

Das erforderliche schriftliche Angebot zur Teilnahme an einer MAG oder MAT lag in 342 von 701 Fällen (49 %) nicht vor.

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei Arbeitgebern und Trägern

Der Beratungsvermerk zur Teilnahme an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung wurde von den gE bei MAG in 179 von 403 Fällen (44 %) und bei MAT in 620 von 718 Fällen (86 %) nicht erstellt bzw. enthielt nicht alle erforderlichen Angaben zur Maßnahme.

Bei MAG war in 319 von 402 Fällen (79 %) bei Antritt der Maßnahme nicht belegt, dass der Arbeitgeber alle an ihn gestellten Anforderungen erfüllte.

In 224 von 534 Fällen (42 %) hatten die gE die Entscheidung zur Höhe der gewährten Fahrkosten bei MAG und MAT nicht nachvollziehbar begründet.

Die im Anschluss an eine Maßnahme durch die Arbeitgeber bzw. Träger zu erstellenden Teilnehmerberichte bzw. Berichtsbogen lagen für 365 von 940 Teilnehmerinnen/Teilnehmern (39 %) nicht vor.

In 230 von 677 Fällen (34 %) war nicht dokumentiert, dass ein Beratungsgespräch zur Auswertung der MAG bzw. der MAT geführt worden war.

Im Zusammenhang mit der Ausgabe/Einlösung eines AVGS waren bei MAG 127 von 230 Entscheidungen (55 %) und bei MAT 101 von 315 Entscheidungen (32 %) nicht ordnungsgemäß. In den betroffenen Fällen hatten beispielsweise die AVGS nicht alle Angaben zur Maßnahme enthalten, hatten die gE den erforderlichen Bewilligungsbescheid nicht erstellt und/oder die EinV bei Ausgabe/Einlösung des AVGS nicht angepasst.

Darüber hinaus wurden im ersten Halbjahr 2013 insgesamt 7 durch die gE freihändig vergebene MAT mit insgesamt 30 Entscheidungen einbezogen. Davon waren 16 Entscheidungen (53 %) fehlerhaft. Die gE hatten beispielsweise die Beauftragten für den Haushalt nicht frühzeitig beteiligt bzw. den Verzicht auf eine öffentliche Ausschreibung nicht nachvollziehbar begründet.

Bei den AGH-Maßnahmen stieg die Fehlerquote hinsichtlich der Entscheidungen zum Vorliegen der Fördervoraussetzungen im Vorjahresvergleich von 35 % auf 44 % deutlich an. Erfolgt bei einer unzureichenden Tätigkeitsbeschreibung durch den Maßnahmeträger keine umfassende Sachverhaltsaufklärung der gE, besteht das Risiko, dass Maßnahmen gefördert werden, zu denen die Fördervoraussetzungen nicht vorliegen und der Bundeshaushalt in der Folge zu Unrecht belastet wird.

Bewertung

Interne Revision

Der Anteil der fehlerhaften Entscheidungen bei den AGH-Teilnehmerinnen/Teilnehmern hat sich gegenüber dem Vorjahr von 29 % auf 22 % deutlich verringert. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Integrationsfachkräfte die mit einer Erstzuweisung in eine Tätigkeit in AGH verbundenen Entscheidungen nun verstärkt dokumentieren.

Die im Vergleich zum Vorjahr von 34 % auf 41 % gestiegene Fehlerquote bei MAG resultiert u. a. aus der deutlich stärkeren Inanspruchnahme des AVGS (2012: 84 gE mit 24 AVGS, 1. Halbjahr 2013: 42 gE mit 45 AVGS) und dem hohen Anteil fehlerhafter Entscheidungen im Zusammenhang mit der Abwicklung des AVGS.

Insgesamt ist mit den Umsetzungsmängeln das Risiko verbunden, dass Eingliederungsleistungen nicht zielgerichtet bzw. nicht wirtschaftlich eingesetzt werden. Dadurch werden die Qualität, die Dauer und der Erfolg des Integrationsprozesses beeinträchtigt.

4.3 Fachaufsicht

Die Prüfung der Fachaufsicht umfasst die Funktionalität der Fachaufsicht (Regelungen und Gesamtprozess) und die praktische Durchführung der Fachaufsicht. Die Fachaufsichtskonzepte in den gE wurden den verbindlichen Teilen des Handbuches Interne Kontrollsysteme zur Fachaufsicht, eingeführt mit HEGA 06/2010, lfd. Nr. 13, gegenübergestellt. Darüber hinaus wurde geprüft, ob und inwieweit die internen Regelungen der gE zur Durchführung der Fachaufsicht umgesetzt wurden.

4.3.1 Regelungen und Gesamtprozess der Fachaufsicht

Die Regelungen zur Fachaufsicht erfüllten lediglich in 4 der 42 geprüften gE vollständig die verbindlichen Anforderungen des Handbuches Interne Kontrollsysteme. Eines bzw. mehrere der fachaufsichtlichen Kernelemente waren in der überwiegenden Anzahl der geprüften gE geregelt. Handlungsbedarf besteht weiterhin hinsichtlich der Regelungen zur Auswahl der zu prüfenden Fälle sowie von Festlegungen, die eine risikoorientierte Weiterentwicklung der Fachaufsicht gewährleisten. Auch zur aktiven Einbindung der Geschäftsführungen und Bereichsleitungen in den Gesamtprozess der Fachaufsicht besteht weiterhin Optimierungsbedarf.

Bei der Prüfung der Regelungen und des Gesamtprozesses der Fachaufsicht wäre ein Punktwert von insgesamt 1.260 zu erreichen gewesen. Der tatsächlich erreichte Punktwert betrug 916. Daraus ergab sich eine Fehlerquote von 27 %.

Detaillierte Informationen enthält die **Anlage 5.1**.

Von den 42 geprüften gE verfügten lediglich 4 über Regelungen zur Fachaufsicht, die vollständig den Anforderungen des Handbuches Interne Kontrollsysteme entsprachen.

Interne Revision

Eines bzw. mehrere der fachaufsichtlichen Kernelemente

Umfang der in die Fachaufsicht einzubeziehenden Fälle,
Prüfgegenstände,
Prüfhäufigkeit,
Richtlinien zur Dokumentation der fachaufsichtlichen Ergebnisse,
Richtlinien zur Berichterstattung sowie
Verantwortlichkeiten zur Durchführung fachaufsichtlicher Kontrollen

waren in der Mehrzahl der geprüften gE geregelt.

**Kernelemente
geregelt**

Bei folgenden Aspekten wurde unverändert ein erheblicher Handlungsbedarf identifiziert:

**Regelungs-
defizite**

Die Auswahl der im Rahmen der Fachaufsicht zu prüfenden Fälle war in 12 gE nur teilweise und in 16 gE nicht geregelt.

In 12 gE gab es kein Verfahren zur Anpassung der Fachaufsicht an die aktuellen Risiken. Weitere 17 gE hatten ein solches Verfahren nur für Teilbereiche implementiert.

Die Qualität der von den Teamleitungen durchgeführten Fachaufsicht wurde in 17 der insgesamt 24 gE mit Bereichsleitungen nicht oder nur in Teilbereichen kontrolliert.

**Nachhaltung der
Regelungen**

Ob die Fachaufsicht entsprechend der jeweiligen Vorgaben durch die nachgeordneten Führungskräfte ausgeübt worden war, wurde von 17 Geschäftsführungen nicht oder nur in Teilbereichen kontrolliert.

Die gE haben - auch im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres - häufig nicht vollständig die erforderlichen Festlegungen zur Durchführung der Fachaufsicht entsprechend den Regelungen des Handbuchs Interne Kontrollsysteme getroffen. Fehlende oder unvollständige Regelungen zur Fachaufsicht sind mit dem Risiko verbunden, dass die Führungskräfte keine bzw. keine zielgerichteten und systematischen fachaufsichtlichen Kontrollen durchführen. Dieses Risiko erhöht sich, wenn die Bereichsleitungen und die Geschäftsführungen der gE die Umsetzung der bestehenden Regelungen nicht ausreichend nachhalten.

Bewertung

4.3.2 Durchführung der Fachaufsicht

In annähernd der Hälfte der Sachverhalte war das fachaufsichtliche Handeln der gE nicht angemessen. Die gE hatten ihre Festlegungen zur Durchführung der Fachaufsicht häufig nicht oder nicht umfassend umgesetzt. Darüber hinaus waren Kontrollergebnisse zu einem hohen Anteil nicht durchgängig schriftlich bewertet, festgelegte Maßnahmen nicht schlüssig bzw. nicht termingerecht umgesetzt worden.

Der Prüfung der Durchführung der Fachaufsicht lagen die in den gE verwendeten Tools zur Unterstützung der Fachaufsicht (UFa-Tools bzw. andere Arbeitsmittel) zu Grunde. Es wäre ein Punktwert von insgesamt 4.788 zu erzielen gewesen. Der tatsächlich erreichte Punktwert betrug 3.336. Daraus ergab sich eine Fehlerquote von 30 %.

Detaillierte Informationen enthält die **Anlage 5.2**.

Bei 117 von 264 fachaufsichtlichen Kontrollen (44 %) entsprach der Prüfungsumfang nicht oder nur teilweise den Regelungen des jeweiligen Fachaufsichtskonzeptes.

122 von 276 fachaufsichtlichen Kontrollen (44 %) waren nicht oder nur teilweise im festgelegten Rhythmus durchgeführt worden.

In 49 % der Sachverhalte war das fachaufsichtliche Handeln der gE nicht angemessen. Die Interne Revision bewertete Kontrollen als nicht angemessen, wenn die gE Themenbereiche/Leistungsarten nicht oder nicht im erforderlichen Umfang bzw. in der erforderlichen Häufigkeit in fachaufsichtliche Kontrollen einbezogen hatten,

zu denen regelmäßig hohe Fehlerquoten von der Internen Revision oder den gE selbst festgestellt wurden,

die mit einem erheblichen finanziellen Risiko verbunden sind bzw.

die in der jeweiligen gE mit einem hohen Fallaufkommen verbunden waren.

Die Ergebnisse der fachaufsichtlichen Kontrollen wurden von den gE in 153 der 260 Sachverhalte (59 %) nicht bzw. nicht durchgängig schriftlich bewertet, inwieweit Handlungsbedarf zur Reduzierung der festgestellten Mängel bestand.

Die von den gE abgeleiteten Aktivitäten/Maßnahmen zur Reduzierung der von ihnen festgestellten Defizite waren in 18 von 119 Sachverhalten (15 %) inhaltlich nur teilweise schlüssig. Im Vordergrund stand, dass wiederholt festgestellte Mängel ausschließlich mit den betroffenen Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern in Einzelgesprächen erörtert wurden, ohne weitergehende übergreifende Maßnahmen einzuleiten. Festgelegte Aktivitäten/Maßnahmen wurden von den gE in 28 von 108 Sachverhalten (26 %) nicht oder nicht vollständig termingerecht umgesetzt.

Die Feststellungen der Internen Revision im ersten Halbjahr 2013 belegen, dass die gE ihre eigenen Regelungen zur Durchführung fachaufsichtlicher Kontrollen weiterhin nur unzureichend umsetzen. Zudem sieht die Interne Revision das fachaufsichtliche Handeln in den gE als nur bedingt geeignet an, um Bearbeitungsmängel strukturiert und systematisch zu erkennen. Wird Fachaufsicht nicht im angemessenen Umfang oder Rhythmus durchgeführt und werden Kontrollergebnisse nicht durchgängig schriftlich bewertet, fehlen den gE die erforderlichen Erkenntnisse, um eine kontinuierliche risikoorientierte Anpassung der Fachaufsicht sicherstellen zu können. Im Ergebnis ist die erforderliche Transparenz der Prozessschritte in den gE nicht gegeben.

4.4 Vereinbarungen mit den geprüften gE

Im Anschluss an die Prüfungshandlungen wurden gegenüber 27 gE insgesamt 54 Empfehlungen ausgesprochen, zu denen mit den geprüften Stellen in Empfehlungs- und Maßnahmenkatalogen entsprechende Maßnahmen zur Mängelbeseitigung vereinbart worden sind. Davon betrafen

21 Empfehlungen die Erstellung und individuelle Ausgestaltung von EinV,

6 Empfehlungen die Eingliederungsleistungen und die bewerberorientierte Integrationsarbeit und

27 Empfehlungen den Bereich der Fachaufsicht.

Umsetzung von Regelungen

Bewertung

Die Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen wurde bzw. wird durch die Interne Revision nachgehalten.

4.5 Empfehlungen an die Geschäftsführungen der gE

Den gE wird empfohlen,

ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu verdeutlichen, dass eine Vielzahl der festgestellten Umsetzungsmängel bei Eingliederungsleistungen und der bewerberorientierten Integrationsarbeit die Qualität, die Dauer und den Erfolg des Integrationsprozesses beeinträchtigt und die Zielerreichung gefährdet.

die Fachaufsichtskonzepte zeitnah entsprechend der identifizierten Risiken anzupassen. Bei der Anpassung sollten angemessene Regelungen zu allen verbindlich vorgegebenen Kernelementen der Fachaufsicht getroffen werden.

Fachaufsicht entsprechend der eigenen Fachaufsichtskonzepte auszuüben und die Umsetzung der abgeleiteten Maßnahmen nachzuhalten. Die Durchführung der Fachaufsichtsaktivitäten sollte regelmäßig durch die Bereichsleitung(en) und/oder Geschäftsführung überwacht werden.

im Rahmen der Bewilligung von AGH die Sachverhalte umfassend aufzuklären und in der Folge ausschließlich Tätigkeiten in AGH zu bewilligen, zu denen aus den Antragsunterlagen eindeutig hervorgeht, dass die Förder Voraussetzungen öffentliches Interesse, Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität nachgewiesen sind.

5. Mindestkundenkontaktdichte

Außerhalb des Standardprogrammes der vertikalen Revision wurde in 14 gE erhoben, ob die gE ein dezentrales Kundenkontaktdichtekonzept entwickelt hatten und ob sich diese Konzepte inhaltlich an den in der Arbeitshilfe „Mindestkundenkontaktdichte im SGB II“ genannten Empfehlungen orientierten.

In 13 der 14 einbezogenen gE war ein dezentrales Kundenkontaktdichtekonzept vorhanden. Inhaltlich wichen die Konzepte zum Teil erheblich von den oben genannten Empfehlungen ab. In 29 % der geprüften gE wurde im Bereich der Kundenkontaktdichte keine Fachaufsicht ausgeübt.

Detaillierte Informationen ergeben sich aus **Anlage 6**.

6. Feedback der geprüften gE zur durchgeführten Revision

Die gE wurden nach Beendigung der Revision zur Zufriedenheit mit dem Prüfungsablauf befragt. In den Feedback-Fragebogen wurden 8 Aspekte bewertet. Die Rückläufe wurden durch die Interne Revision laufend mit dem Ziel ausgewertet, eine kontinuierliche Optimierung der Revisionsarbeit zu erreichen. Die Gesamtauswertung aller Feedback-Fragebogen aus dem ersten

Interne Revision

Halbjahr 2013 ergab auf der Basis einer Bewertungsskala von 1 (positivste Bewertung mit „trifft vollkommen zu“) bis 4 (negativste Bewertung mit „trifft nicht zu“) einen Zufriedenheitswert von 1,5.

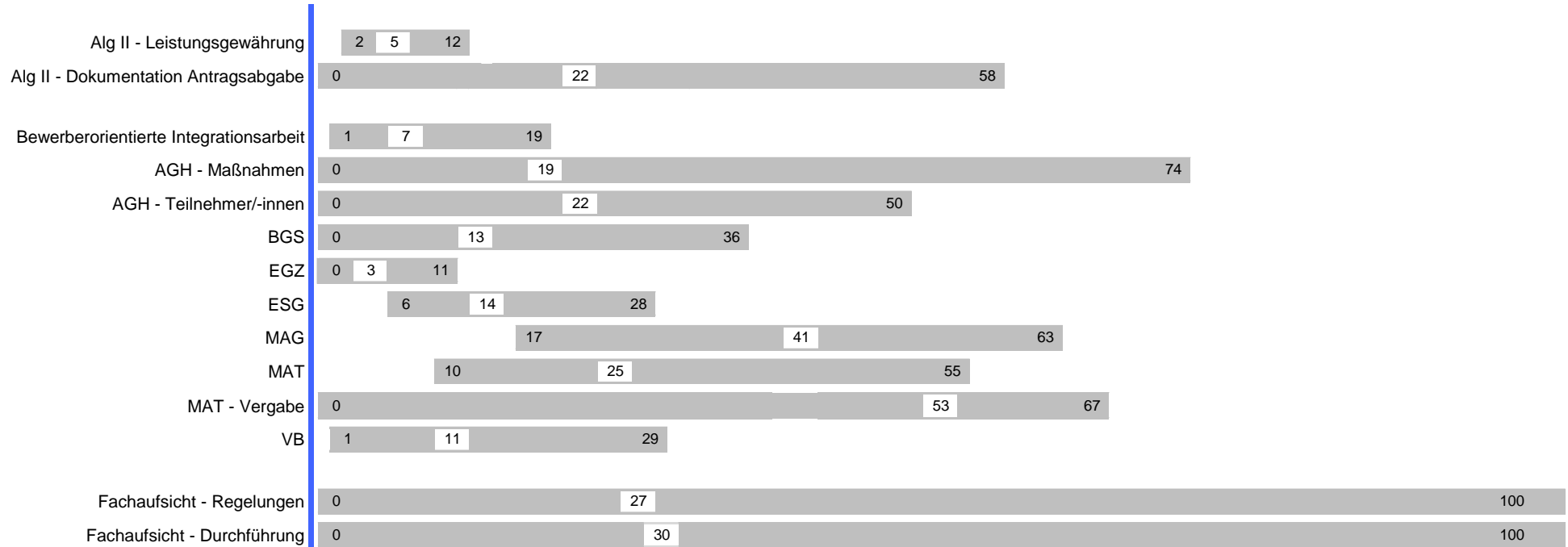
Diese Prüfung wurde in Übereinstimmung mit den Internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision durchgeführt.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|---|
| A2LL | Arbeitslosengeld II - Leistungen zum Lebensunterhalt (web-basierte Fachsoftware zur Umsetzung des SGB II-Leistungsrechts) |
| AGH | Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung |
| Alg II | Arbeitslosengeld II |
| AVGS | Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein |
| BA | Bundesagentur für Arbeit |
| BGS | Bildungsgutschein |
| COSACH | Computerunterstützte Sachbearbeitung von Leistungen zur Beschäftigungsförderung |
| EinV | Eingliederungsvereinbarung(en) |
| gE | Gemeinsame Einrichtung(en) nach § 44b SGB II |
| HEGA | Handlungsempfehlung/Geschäftsanweisung |
| IT | Informationstechnik |
| MAG | Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Arbeitgeber |
| MAT | Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung bei einem Träger |
| SGB I | Sozialgesetzbuch – Erstes Buch – Allgemeiner Teil |
| SGB II | Sozialgesetzbuch – Zweites Buch – Grundsicherung für Arbeitsuchende |
| SGB X | Sozialgesetzbuch – Zehntes Buch – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz |
| UFa-Tool | Tool zur Unterstützung der Fachaufsicht |
| VerBIS | Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem |

Revisionsergebnis im Überblick

Darstellung Fehlerquoten (Minimum, Maximum und Durchschnitt) in %



Leistungsgewährung Alg II

Entwicklung der Fehlerquoten

| | 1. Halbjahr 2013 (Werte in %) | Veränderungen 1. Halbjahr 2013 gegenüber 2012 (Angabe in Prozentpunkten) |
|---|-------------------------------------|--|
| Arbeitslosengeld II gesamt - ohne Dokumentation der Antragsabgabe | 5 | -1 |
| Anspruchsvoraussetzungen | 1 | 0 |
| Bedarfsgemeinschaft | 1 | 0 |
| Unterhaltsanspruch | 10 | 3 |
| Vorrangige Leistungen | 12 | 0 |
| Einkommen | 7 | 0 |
| Vermögen | 3 | -6 |
| Leistungsbeginn | 4 | 1 |
| Leistungshöhe | 1 | 0 |
| Mehrbedarfe | 19 | -2 |
| Pflichtverletzungen | 13 | 4 |
| Meldeversäumnisse | 4 | 2 |
| Sozialversicherung | 7 | 0 |
| Ersatzansprüche | 57 | -1 |
| SGB I, § 43 SGB II, SGB X | 15 | -2 |
| Dokumentation der Antragsabgabe | 22 | -5 |

Eingliederungsleistungen einschließlich bewerberorientierter Integrationsarbeit

Entwicklung der Fehlerquoten

| | 1. Halbjahr 2013 (Werte in %) | Veränderungen 1. Halbjahr 2013 gegenüber 2012 (Angabe in Prozentpunkten) |
|--|-------------------------------------|--|
| Eingliederungsleistungen gesamt | 15 | -1 |
| Bewerberorientierte Integrationsarbeit | 7 | -1 |
| Arbeitsgelegenheiten - Maßnahmen | 19 | -1 |
| Arbeitsgelegenheiten - Teilnehmerinnen/Teilnehmer | 22 | -7 |
| Bildungsgutschein | 13 | 0 |
| Eingliederungszuschuss | 3 | 0 |
| Einstiegsgeld | 14 | 3 |
| Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung - bei Arbeitgebern | 41 | 7 |
| Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung - bei Trägern | 25 | 0 |
| Maßnahmen zur Aktivierung und Eingliederung - Vergabe | 53 | 17 |
| Vermittlungsbudget | 11 | 2 |

Fachaufsicht Regelungen und Gesamtprozess sowie Durchführung

Entwicklung der Fehlerquoten

| | 1. Halbjahr 2013 (Werte in %) | Veränderungen 1. Halbjahr 2013 gegenüber 2012 (Angabe in Prozentpunkten) |
|------------------------------|-------------------------------------|---|
| Regelungen und Gesamtprozess | 27 |  3 |
| Durchführung | 30 |  4 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 1260 |
| geprüfte Entscheidungen | 34700 |
| - davon fehlerhaft | 1831 |
| - Anteil in % | 5 |

1 Anspruchsvoraussetzungen

| | | Fehlerart | | | | | |
|-----|--|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 1.1 | Lag ein Antrag auf Leistungen vor? | 2018 | 17 | 1 | 17 | 0 | 0 |
| 1.2 | War das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht erreicht? | 1498 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1.3 | Konnte nach Aktenlage mind. 3 Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgegangen werden? | 1510 | 30 | 2 | 4 | 26 | 0 |
| 1.4 | Bestand nach Aktenlage eine Erlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung oder könnte eine erteilt werden? | 282 | 8 | 3 | 1 | 7 | 0 |
| 1.5 | War der gewöhnliche Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland? | 2203 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 1.6 | Wurde der Ausschlussstatbestand Altersrente zutreffend gewürdigt? | 18 | 1 | 6 | 0 | 1 | 0 |
| 1.7 | Wurde der Ausschlussstatbestand Aufenthalt in einer stationären Einrichtung zutreffend gewürdigt? | 39 | 4 | 10 | 2 | 2 | 0 |
| 1.8 | Wurde der Ausschlussstatbestand Bezug von BAföG, BAB oder Abg zutreffend gewürdigt? | 59 | 7 | 12 | 1 | 6 | 0 |
| 1.9 | Wurde der Ausschlussstatbestand Ortsabwesenheit zutreffend gewürdigt? | 32 | 4 | 13 | 3 | 1 | 0 |

2 Bedarfsgemeinschaft

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 2.1 Erfolgte die zutreffende Zuordnung des VU25 zur BG der Eltern? | 39 | 2 | 5 | 2 | 0 | 0 |
| 2.2 Erfolgte die zutreffende Zuordnung des VU25 zur eigenen BG? | 107 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 2.3 Lag keine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft vor? | 37 | 6 | 16 | 1 | 5 | 0 |
| 2.4 Wurde die Zugehörigkeit zur BG richtig entschieden? | 1170 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 |

3 Unterhaltsanspruch

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|------|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 3.1 | Wurden Unterhaltsgewährungen von in der Haushaltsgemeinschaft lebenden Verwandten und Verschwägerten geprüft? | 244 | 27 | 11 | 1 | 26 | 0 |
| 3.2 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (gesetzliche Unterhaltsvermutung) unverzüglich aufgeklärt? | 217 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| 3.3 | Wurden Unterhaltsansprüche der (geschiedenen/getrennt lebenden) Ehegatten/Lebenspartner einschließlich des Vorrangs geprüft? | 290 | 55 | 19 | 4 | 51 | 0 |
| 3.4 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (Erwachsenenunterhalt, (geschiedenen/getrennt lebenden) unverzüglich aufgeklärt? | 227 | 19 | 8 | 13 | 6 | 0 |
| 3.5 | Wurde bei laufender (auch titulierter) Unterhaltszahlung die Höhe des Unterhalts geprüft? | 16 | 1 | 6 | 0 | 1 | 0 |
| 3.6 | Wurden Unterhaltsansprüche des ledigen Elternteiles einschließlich des Vorrangs geprüft? | 108 | 19 | 18 | 3 | 16 | 0 |
| 3.7 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (Erwachsenenunterhalt, lediger Elternteil) unverzüglich aufgeklärt? | 85 | 10 | 12 | 7 | 3 | 0 |
| 3.8 | Wurde bei laufender (auch titulierter) Unterhaltszahlung die Höhe des Unterhalts geprüft? | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3.9 | Wurden Unterhaltsansprüche des minderjährigen Kindes nach dem BGB einschließlich des Vorrangs geprüft? | 371 | 42 | 11 | 8 | 34 | 0 |
| 3.10 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (Kindesunterhalt nach dem BGB) unverzüglich aufgeklärt? | 323 | 31 | 10 | 26 | 5 | 0 |
| 3.11 | Wurde bei laufender (auch titulierter) Unterhaltszahlung die Höhe des Unterhalts geprüft? | 107 | 10 | 9 | 3 | 7 | 0 |
| 3.12 | Wurden Unterhaltsansprüche (auch ergänzende) des Kindes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz einschließlich des Vorrangs geprüft? | 253 | 29 | 11 | 6 | 23 | 0 |
| 3.13 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (Kindesunterhalt nach dem Unterhaltsvorschussgesetz) unverzüglich aufgeklärt? | 217 | 2 | 1 | 1 | 1 | 0 |
| 3.14 | Wurden Unterhaltsansprüche der 18 - bis 25-jährigen Kindes einschließlich des Vorrangs geprüft? | 167 | 15 | 9 | 1 | 14 | 0 |
| 3.15 | Wurde der Unterhaltssachverhalt (Kindesunterhalt für 18- bis 25-jährige Kinder) unverzüglich aufgeklärt? | 141 | 5 | 4 | 1 | 4 | 0 |
| 3.16 | Wurde bei laufender (auch titulierter) Unterhaltszahlung die Höhe des Unterhalts geprüft? | 4 | 1 | 25 | 0 | 1 | 0 |
| 3.17 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen die Durchsetzung des öffentlich-rechtlichen Auskunftsverlangens mittels Verwaltungszwang eingeleitet? | 15 | 6 | 40 | 4 | 2 | 0 |
| 3.18 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens geprüft? | 8 | 2 | 25 | 1 | 1 | 0 |

4 Vorrangige Leistungen

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|-----|--|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 4.1 | Wurde die vorrangige Leistung Kindergeld geprüft? | 127 | 23 | 18 | 5 | 18 | 0 |
| 4.2 | Wurde die vorrangige Leistung Mutterschaftsgeld/Elterngeld geprüft? | 52 | 4 | 8 | 2 | 2 | 0 |
| 4.3 | Wurde die vorrangige Leistung Ausbildungsförderung geprüft? | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.4 | Wurde die vorrangige Leistung Arbeitslosengeld geprüft? | 124 | 10 | 8 | 2 | 8 | 0 |
| 4.5 | Wurde die vorrangige Leistung der Krankenversicherung geprüft? | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.6 | Wurde die vorrangige Leistung der gesetzlichen Unfallversicherung geprüft? | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.7 | Wurde die vorrangige Leistung der gesetzlichen Rentenversicherung geprüft? | 52 | 7 | 13 | 2 | 5 | 0 |
| 4.8 | Wurde die vorrangige Leistung Kinderzuschlag geprüft? | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

5 Einkommen

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 5.1 War die Entscheidung, Einkommen zu berücksichtigen bzw. nicht zu berücksichtigen, zutreffend? | 2945 | 242 | 8 | 108 | 128 | 6 |
| 5.2 War die Entscheidung hinsichtlich des Berücksichtigungszeitraumes zutreffend? | 2574 | 91 | 4 | 54 | 35 | 2 |
| 5.3 War die Entscheidung, nicht zu berücksichtigendes Einkommen von der Anrechnung auszunehmen, zutreffend? | 102 | 12 | 12 | 11 | 1 | 0 |
| 5.4 War die Entscheidung, den Freibetrag bei Einkommen aus Erwerbstätigkeit bis 400,00 € abzusetzen, zutreffend? | 272 | 2 | 1 | 2 | 0 | 0 |
| 5.5 War die Entscheidung, den Pauschbetrag von 30,00 € für angemessene private Versicherungen abzusetzen, zutreffend? | 702 | 66 | 9 | 65 | 0 | 1 |
| 5.6 War die Entscheidung, gesetzlich vorgeschriebene und private Versicherungen abzusetzen, zutreffend? | 144 | 59 | 41 | 39 | 17 | 3 |
| 5.7 War die Entscheidung, geförderte Altersvorsorgebeiträge (Riester-Beiträge) abzusetzen, zutreffend? | 41 | 25 | 61 | 13 | 12 | 0 |
| 5.8 War die Entscheidung, den Pauschbetrag für notwendige Ausgaben bei Einkommen aus nichtselbständiger Erwerbstätigkeit abzusetzen, zutreffend? | 221 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| 5.9 War die Entscheidung, die notwendigen Fahrkosten für Einkommen aus Erwerbstätigkeit abzusetzen, zutreffend? | 35 | 10 | 29 | 4 | 5 | 1 |
| 5.10 War die Entscheidung hinsichtlich der Höhe des Erwerbstätigenfreibetrages zutreffend? | 503 | 9 | 2 | 5 | 1 | 3 |
| 5.11 War die Entscheidung, Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher/notarieller Unterhaltsverpflichtungen abzusetzen, zutreffend? | 10 | 2 | 20 | 0 | 2 | 0 |
| 5.12 War die Entscheidung, Aufwendungen für die Berechnung der Ausbildungsförderung eines Kindes abzusetzen, zutreffend? | 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 5.13 War die Entscheidung, Einkommen i. S. des vermuteten Unterhalts der HG zu berücksichtigen, zutreffend? | 8 | 1 | 13 | 1 | 0 | 0 |

6 Vermögen

| | | | Fehlerart | | | | | |
|------|---|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 6.1 | War die Entscheidung, das Kfz in die Vermögensprüfung einzubeziehen, zutreffend? | | 226 | 18 | 8 | 0 | 18 | 0 |
| 6.2 | War die Entscheidung, das Grundstück in die Vermögensprüfung einzubeziehen, zutreffend? | | 34 | 8 | 24 | 0 | 8 | 0 |
| 6.3 | War die Entscheidung, die Immobilie in die Vermögensprüfung einzubeziehen, zutreffend? | | 39 | 8 | 21 | 0 | 8 | 0 |
| 6.4 | War die Entscheidung, die Geldanlage in die Vermögensprüfung einzubeziehen, zutreffend? | | 1029 | 42 | 4 | 0 | 42 | 0 |
| 6.5 | War die Entscheidung, nicht zu berücksichtigendes Vermögen von der Vermögensberechnung auszunehmen, zutreffend? | | 232 | 4 | 2 | 0 | 4 | 0 |
| 6.6 | War die Entscheidung, den individuell zustehenden Grundfreibetrag abzusetzen, zutreffend? | | 835 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| 6.7 | War die Entscheidung, das Vermögen des Kindes nur diesem zuzuordnen, zutreffend? | | 14 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.8 | War die Entscheidung, als Altersvorsorge ("Riester-Rente") gefördertes Vermögen abzusetzen, zutreffend? | | 38 | 1 | 3 | 0 | 1 | 0 |
| 6.9 | War die Entscheidung, einen zusätzlichen Freibetrag für nicht vor dem 60. Lebensjahr verwertbare Altersvorsorge abzusetzen, zutreffend? | | 8 | 1 | 13 | 0 | 1 | 0 |
| 6.10 | War die Entscheidung, den Freibetrag für notwendige Anschaffungen in Höhe von 750 € abzusetzen, zutreffend? | | 827 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 6.11 | War die Entscheidung, Vermögen i. S. des vermuteten Unterhalts der HG zu berücksichtigen, zutreffend? | | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

7 Leistungsbeginn

| | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|---|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 7.1 | Wurde der Beginn des Alg II-Bezuges zutreffend festgesetzt? | | 2328 | 96 | 4 | 78 | 18 | 0 |
| 7.2 | Wurde der Beginn des Sozialgeld-Bezuges zutreffend festgesetzt? | | 715 | 23 | 3 | 14 | 9 | 0 |

8 Leistungshöhe

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|-----|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 8.1 | Wurde die Höhe des Arbeitslosengeldes II (Regelbedarf) zutreffend festgesetzt? | 1516 | 22 | 1 | 19 | 3 | 0 |
| 8.2 | Wurde die Höhe des Sozialgeldes (Regelbedarf) zutreffend festgesetzt? | 467 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |

9 Mehrbedarfe

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|-----|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 9.1 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für werdende Mütter zutreffend? | 72 | 12 | 17 | 10 | 2 | 0 |
| 9.2 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für Alleinerziehende zutreffend? | 279 | 18 | 6 | 11 | 7 | 0 |
| 9.3 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für erwerbsfähige behinderte Leistungsberechtigte zutreffend? | 8 | 4 | 50 | 1 | 3 | 0 |
| 9.4 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung zutreffend? | 10 | 6 | 60 | 0 | 6 | 0 |
| 9.5 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für besondere Bedarfe zutreffend? | 17 | 2 | 12 | 0 | 0 | 2 |
| 9.6 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für Energie bei dezentraler Warmwassererzeugung zutreffend? | 372 | 100 | 27 | 62 | 38 | 0 |
| 9.7 | War die Entscheidung zum Mehrbedarf für Sozialgeldempfänger zutreffend? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

10 Pflichtverletzungen

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|------|---|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 10.1 | Wurde die Pflichtverletzung bearbeitet? | 144 | 42 | 29 | 10 | 32 | 0 |
| 10.2 | Wurde der Sanktionstatbestand zutreffend festgelegt? | 61 | 3 | 5 | 3 | 0 | 0 |
| 10.3 | Wurde der Zeitpunkt der Pflichtverletzung zutreffend festgelegt? | 59 | 2 | 3 | 1 | 0 | 1 |
| 10.4 | Wurde bei wiederholter Pflichtverletzung der abweichende Prozentsatz der Minderung zutreffend festgelegt? | 9 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 10.5 | Wurde der abweichende Betrag der Minderung zutreffend festgelegt? | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 10.6 | Wurde der Sanktionsbeginn zutreffend festgelegt? | 58 | 3 | 5 | 3 | 0 | 0 |
| 10.7 | Wurde der Minderungszeitraum zutreffend festgelegt? | 57 | 3 | 5 | 3 | 0 | 0 |
| 10.8 | Wurde die Minderung des Mehrbedarfes zutreffend festgelegt? | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

11 Meldeversäumnisse

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|------|---|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 11.1 | Wurde das Meldeversäumnis bearbeitet? | 96 | 9 | 9 | 4 | 5 | 0 |
| 11.2 | Wurde der Sanktionstatbestand zutreffend festgelegt? | 83 | 1 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| 11.3 | Wurde der Tag des Melde- bzw. Terminversäumnisses zutreffend festgelegt? | 83 | 3 | 4 | 1 | 0 | 2 |
| 11.4 | Wurde der Sanktionsbeginn zutreffend festgelegt? | 81 | 2 | 2 | 2 | 0 | 0 |
| 11.5 | Wurde die Sanktionsdauer zutreffend festgelegt? | 81 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 11.6 | Wurde die Minderung des Mehrbedarfes zutreffend festgelegt? | 20 | 2 | 10 | 2 | 0 | 0 |
| 11.7 | Wurden bei kumulativen Pflichtverletzungen die Sanktionsbeträge zutreffend addiert? | 26 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

12 Sozialversicherung

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|-------|---|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 12.1 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen die Pflichtversicherung der KV/PV zutreffend berücksichtigt? | 1099 | 25 | 2 | 15 | 10 | 0 |
| 12.2 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen der Zusatzbeitrag zur KV zutreffend berücksichtigt? | 4 | 1 | 25 | 1 | 0 | 0 |
| 12.3 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen die Familienversicherung zutreffend berücksichtigt? | 418 | 47 | 11 | 25 | 22 | 0 |
| 12.4 | Wurde bei Vorliegen der Voraussetzungen die private/freiwillige Versicherung in der KV/PV zutreffend berücksichtigt? | 29 | 5 | 17 | 2 | 3 | 0 |
| 12.5 | Wurde die Höhe des Zuschusses zur privaten/freiwilligen Versicherung in der KV/PV zutreffend festgelegt? | 27 | 5 | 19 | 1 | 3 | 1 |
| 12.6 | Wurden für die Meldung der Anrechnungszeit in der Rentenversicherung die Daten korrekt erfasst? | 1383 | 50 | 4 | 41 | 9 | 0 |
| 12.7 | Wurden bei einem Mini-Job die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 238 | 4 | 2 | 2 | 2 | 0 |
| 12.8 | Wurden bei einem Midi-Job die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 108 | 61 | 56 | 53 | 3 | 5 |
| 12.9 | Wurden bei einer versicherungspflichtigen Beschäftigung (Bruttoentgelt größer als 800 €, ab 01.01.2013 850 €) die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 159 | 33 | 21 | 23 | 3 | 7 |
| 12.10 | Wurden bei einer hauptberuflichen selbständigen Tätigkeit die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 11 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.11 | Wurden bei Bezug von Alg die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 175 | 11 | 6 | 7 | 0 | 4 |
| 12.12 | Wurden bei Alg mit Ruhestandbeständen die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 8 | 1 | 13 | 1 | 0 | 0 |
| 12.13 | Wurden bei Bezug von Alg mit Mini-Job die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 16 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.14 | Wurden bei Bezug von Alg mit Midi-Job die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 3 | 1 | 33 | 1 | 0 | 0 |
| 12.15 | Wurden bei Bezug von Krankengeld die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 15 | 8 | 53 | 7 | 1 | 0 |
| 12.16 | Wurden bei Bezug von Mutterschaftsgeld die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 11 | 9 | 82 | 8 | 0 | 1 |
| 12.17 | Wurden bei Bezug von Übergangsgeld bei beruflicher Reha (Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben) die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 1 | 1 | 100 | 1 | 0 | 0 |
| 12.18 | Wurden bei Bezug von Übergangsgeld bei medizinischer Reha die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 4 | 1 | 25 | 0 | 0 | 1 |
| 12.19 | Wurden bei Bezug von Verletztengeld die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.20 | Wurden bei Bezug von Hinterbliebenenrente/Erziehungsrente/teilweiser Erwerbsminderungsrente/Arbeitsmarktrente die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 26 | 9 | 35 | 8 | 1 | 0 |
| 12.21 | Wurden bei Bezug von Versorgungsbezügen die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.22 | Wurden bei Bezug von Insolvenzgeld die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.23 | Wurden bei Bezug von Kurzarbeitergeld/Winteraushaltgeld die Beiträge zu KV und PV ordnungsgemäß entrichtet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 12.24 | Wurden bei rückwirkenden Änderungen die Beiträge zur gesetzlichen KV/PV ordnungsgemäß rückabgewickelt? | 14 | 2 | 14 | 2 | 0 | 0 |

13 Ersatzansprüche

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|------|---|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 13.1 | Wurde der Sachverhalt eines Ersatzanspruches bei sozialwidrigem Verhalten zutreffend bearbeitet? | 20 | 12 | 60 | 1 | 11 | 0 |
| 13.2 | Wurde der Sachverhalt eines Ersatzanspruches für rechtswidrig erhaltene Leistungen zutreffend bearbeitet? | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 13.3 | Wurde der Sachverhalt eines Ersatzanspruches nach sonstigen Vorschriften zutreffend bearbeitet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

14 SGB I, § 43 SGB II, SGB X

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|------|---|--------------------------|---------------------|-------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 14.1 | War die Entscheidung zu den Folgen fehlender/nachgeholter Mitwirkung zutreffend? | 25 | 2 | 8 | 2 | 0 | 0 |
| 14.2 | War die Entscheidung zur Aufrechnung zutreffend? | 97 | 46 | 47 | 46 | 0 | 0 |
| 14.3 | Erfolgte die Anhörung zutreffend? | 211 | 18 | 9 | 16 | 2 | 0 |
| 14.4 | War die Entscheidung über die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes zutreffend? | 14 | 1 | 7 | 1 | 0 | 0 |
| 14.5 | War die Entscheidung über die Aufhebung eines Verwaltungsaktes mit Dauerwirkung bei Änderung der Verhältnisse zutreffend? | 336 | 45 | 13 | 45 | 0 | 0 |
| 14.6 | War die Entscheidung über die Erstattung zu Unrecht erbrachter Leistungen zutreffend? | 153 | 27 | 18 | 27 | 0 | 0 |
| 14.7 | Wurden die Erstattungsansprüche von Leistungsträgern untereinander zutreffend berücksichtigt? | 376 | 33 | 9 | 27 | 6 | 0 |
| 14.8 | Wurden Ansprüche gegenüber Arbeitgebern zutreffend erkannt? | 12 | 5 | 42 | 1 | 4 | 0 |
| 14.9 | Wurden die Erstattungs-/Ersatzansprüche gegenüber Dritten zutreffend erkannt? | 12 | 9 | 75 | 0 | 9 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|------|
| geprüfte Fälle | 1260 |
| geprüfte Entscheidungen | 1516 |
| - davon fehlerhaft | 333 |
| - Anteil in % | 22 |

15 Dokumentation der Antragsabgabe

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|------|--|--------------------------|------------------|-------------|---------------------------------|--------------------------------|----------------|---------------------------------|
| | | | | | fehlerhaftes Datum - zu früh | Datum nicht nachvollziehbar | keine Einträge | fehlerhaftes Datum - zu spät |
| 15.1 | Neuantrag: Wurde der zutreffende Tag im Feld "Vorlage der vollständigen Antragsunterlagen" eingetragen? | 1260 | 216 | 17 | 66 | 48 | 50 | 52 |
| 15.2 | Weiterbewilligungsantrag: Wurde der zutreffende Tag im Feld "Vorlage der vollständigen Antragsunterlagen" eingetragen? | 256 | 117 | 46 | 97 | 2 | 14 | 4 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 1095 |
| geprüfte Entscheidungen | 24606 |
| - davon fehlerhaft | 1825 |
| - Anteil in % | 7 |

1 Daten zum Bewerber

| | | Fehlerart | | | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 1.1 | Wurde der Schulabschluss im Lebenslauf erfasst? | 1095 | 189 | 17 | 189 | 0 | 0 |
| 1.2 | Wurden der Berufsausbildungsabschluss und/oder berufliche Qualifikationen im Lebenslauf erfasst? | 1095 | 8 | 1 | 8 | 0 | 0 |
| 1.3 | Wurde der Lebenslauf lückenlos erfasst? | 1095 | 385 | 35 | 385 | 0 | 0 |
| 1.4 | War der Kundenstatus korrekt gesetzt? | 1095 | 22 | 2 | 0 | 22 | 0 |
| 1.5 | Waren die erfassten Fähigkeiten plausibel? | 1095 | 87 | 8 | 0 | 24 | 63 |

2 Erstgespräch

| | Fehlerart | | | | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 2.1 Wurde ein Profiling durchgeführt? | 1094 | 7 | 1 | 7 | 0 | 0 |
| 2.2 Enthielt das Profiling eine/n nachvollziehbare/n Zielberuf/Zieltätigkeit? | 1061 | 54 | 5 | 34 | 20 | 0 |
| 2.3 Wurden im Profiling besondere Stärken des Kunden erfasst? | 1062 | 20 | 2 | 20 | 0 | 0 |
| 2.4 Spiegelten sich die Erkenntnisse aus dem Erstgespräch in den dokumentierten vermittlungsrelevanten Handlungsbedarfen wider? | 1087 | 42 | 4 | 0 | 42 | 0 |
| 2.5 War die erfolgte Festlegung der Profillage begründet? | 1087 | 63 | 6 | 2 | 61 | 0 |
| 2.6 Wurden erreichbare arbeitsmarktliche (Teil-)Ziele nachvollziehbar festgelegt? | 1080 | 43 | 4 | 31 | 12 | 0 |
| 2.7 War die gewählten Handlungsstrategien plausibel im Hinblick auf die Handlungsbedarfe? | 1079 | 91 | 8 | 41 | 50 | 0 |
| 2.8 Wurden die vor Abschluss des Erstgespräches erforderlichen EinV abgeschlossen? | 93 | 1 | 1 | 1 | 0 | 0 |
| 2.9 Wurde der Prozess "Erstgespräch" unverzüglich mit einer schriftlichen EinV abgeschlossen? | 1074 | 67 | 6 | 67 | 0 | 0 |
| 2.10 Enthielt diese EinV sämtliche während ihrer Geltungsdauer anstehenden Aktivitäten, die mit den ausgewählten Handlungsstrategien korrespondieren? | 978 | 237 | 24 | 237 | 0 | 0 |
| 2.11 War der in der EinV genannte Produkteinsatz in Bezug auf die gewählten Handlungsstrategien plausibel? | 979 | 30 | 3 | 0 | 30 | 0 |

3 Folgegespräche

| | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|--|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
| | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 3.1 | Wurden die in der EinV festgehaltenen Aktivitäten des Kunden/Leistungen des Jobcenters auf ihre Nachhaltung/Umsetzung überprüft? | | 807 | 26 | 3 | 0 | 0 | 26 |
| 3.2 | Wurden im Falle einer dokumentierten Pflichtverletzung entsprechende Rechtsfolgen geprüft? | | 76 | 4 | 5 | 4 | 0 | 0 |
| 3.3 | Wurde, sofern erforderlich, das Profiling zutreffend angepasst? | | 927 | 58 | 6 | 4 | 10 | 44 |
| 3.4 | Wurde die Anpassung der Zielauswahl in VerBIS dokumentiert? | | 917 | 32 | 3 | 0 | 0 | 32 |
| 3.5 | Wurde die Anpassung der Strategieauswahl in VerBIS dokumentiert? | | 921 | 57 | 6 | 0 | 0 | 57 |
| 3.6 | Wurden bei aktivierter Strategie "Vermittlung" entsprechende Aktivitäten dokumentiert? | | 707 | 48 | 7 | 0 | 0 | 48 |
| 3.7 | Wurde dokumentiert, dass zielführende Folgeaktivitäten besprochen wurden? | | 927 | 6 | 1 | 0 | 0 | 6 |
| 3.8 | Wurden die vereinbarten Folgeaktivitäten in einer EinV festgeschrieben? | | 926 | 122 | 13 | 122 | 0 | 0 |

4 Kein Folgegespräch

| | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|--|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
| | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 4.1 | War dokumentiert, weshalb ein erforderliches Folgegespräch nicht erfolgte? | | 59 | 32 | 54 | 32 | 0 | 0 |

5 Sozialdatenschutz

| | | Fehlerart | | | | | |
|-----|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 5.1 | Wurde bei der Veröffentlichung der Lebenslaufbeiträge der Sozialdatenschutz beachtet? | 1095 | 7 | 1 | 7 | 0 | 0 |
| 5.2 | Wurden die Regelungen zum Sozialdatenschutz eingehalten? | 1095 | 87 | 8 | 87 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 601 |
| geprüfte Entscheidungen | 12490 |
| - davon fehlerhaft | 2320 |
| - Anteil in % | 19 |

1 Antragstellung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-------------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 Wurden Leistungen erst ab Antragstellung erbracht? | 642 | 14 | 2 | 14 | 0 | 0 |

2 Trägerverbund

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-------------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 Konnte eindeutig nachvollzogen werden, ob die Arbeiten ausschließlich innerhalb der Betriebsstätten des Maßnahmeträgers oder im Rahmen eines Trägerverbundes durchgeführt werden? | 600 | 5 | 1 | 0 | 0 | 5 |
| 2.2 Konnte den Antragsunterlagen die genaue Anzahl der Einsatzstellen entnommen werden? | 186 | 7 | 4 | 7 | 0 | 0 |
| 2.3 Lag ein gemeinsamer Antrag vom Maßnahmeträger und von allen identifizierten Einsatzstellen des Trägerverbundes vor? | 706 | 141 | 20 | 141 | 0 | 0 |

3 Maßnahmebeschreibung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 3.1 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zum erwarteten Förderbeginn vor? | 600 | 6 | 1 | 0 | 0 | 6 |
| 3.2 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zum geplanten Förderende vor? | 600 | 13 | 2 | 0 | 0 | 13 |
| 3.3 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zum Umfang der Arbeitszeit vor? | 600 | 7 | 1 | 0 | 0 | 7 |
| 3.4 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zu Lage und Verteilung der Arbeitszeit vor? | 600 | 70 | 12 | 0 | 0 | 70 |
| 3.5 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zum jeweiligen Einsatzort aller Zusatzjobs vor? | 600 | 14 | 2 | 0 | 0 | 14 |

4 Maßnahmekosten

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 4.1 Lag der Gewährung der Maßnahmekostenpauschale ein Antrag des Trägers zugrunde? | 436 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 4.2 Lag der Gewährung der Maßnahmekostenpauschale eine aussagekräftige Kostenkalkulation des Trägers zugrunde? | 433 | 80 | 18 | 80 | 0 | 0 |
| 4.3 War die festgesetzte Höhe der Maßnahmekostenpauschale plausibel im Hinblick auf das Maßnahmekonzept? | 353 | 48 | 14 | 0 | 0 | 48 |

5 Überwachung der bewilligten Maßnahme

| | | | | Fehlerart | | | |
|-----|--|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|---|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | | | | |
| 5.1 | Lag ein Zwischenbericht des Maßnahmeträgers vor? | 134 | 39 | 29 | 0 | 39 | 0 |
| 5.2 | Lag ein Ergebnisbericht/eine Dokumentation des Maßnahmeträgers vor? | 138 | 5 | 4 | 0 | 5 | 0 |
| 5.3 | Hatte die gemeinsame Einrichtung bei allen Leistungsstörungen geprüft, ob gegenüber dem Maßnahmeträger Konsequenzen einzuleiten waren? | 28 | 13 | 46 | 13 | 0 | 0 |

6 Tätigkeiten in einer Maßnahme

| | | | | Fehlerart | | | |
|-----|---|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|----|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | | | | |
| 6.1 | Konnte den Antragsunterlagen die genaue Anzahl der unterschiedlichen Tätigkeiten entnommen werden? | 600 | 27 | 5 | 0 | 0 | 27 |
| 6.2 | Stimmte die Anzahl und die Berufs-/Tätigkeitsbezeichnung der in COSACH erfassten Tätigkeiten mit den beantragten/bewilligten Tätigkeiten überein? | 573 | 42 | 7 | 42 | 0 | 0 |
| 6.3 | Wurde für jede in COSACH erfasste Tätigkeit ein Stellenangebot in VerBIS erzeugt? | 42 | 1 | 2 | 1 | 0 | 0 |

7 Fördervoraussetzungen

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 7.1 War die Entscheidung hinsichtlich des öffentlichen Interesses der jeweiligen Tätigkeit rechtmäßig? | 843 | 276 | 33 | 69 | 0 | 207 |
| 7.2 War die Entscheidung hinsichtlich der Zusätzlichkeit des jeweiligen Zusatzjobs rechtmäßig? | 843 | 487 | 58 | 99 | 0 | 388 |
| 7.3 War die Entscheidung hinsichtlich der Wettbewerbsneutralität der jeweiligen Tätigkeit rechtmäßig? | 843 | 358 | 42 | 67 | 0 | 291 |

8 Betreuung in der AGH durch den Maßnahmeträger

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|----------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Nichteinhaltung einer Auflage | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 8.1 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zu Art und Umfang der Betreuung während der Ausübung der jeweiligen Tätigkeit vor? | 843 | 368 | 44 | 0 | 0 | 368 |
| 8.2 Lag vom Maßnahmeträger eine Aussage zur Qualifikation des Anleiterpersonals für die jeweilige Tätigkeit vor? | 843 | 297 | 35 | 0 | 0 | 297 |
| 8.3 War die vom Träger vorgesehene Betreuung (Art und Umfang) sowie die Qualifikation des Anleiterpersonals geeignet, die Tätigkeit erfolgreich auszuüben? | 404 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 1127 |
| geprüfte Entscheidungen | 11336 |
| - davon fehlerhaft | 2509 |
| - Anteil in % | 22 |

1 Fördervoraussetzung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 1.1 Lag zu Beginn der Tätigkeit in AGH Leistungsbezug vor? | 1127 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |

2 Eingliederungskonzept bei Erstzuweisung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 2.1 War zum Zeitpunkt der Entscheidung die Zuweisung in eine AGH plausibel zu den aktiven Handlungsstrategien? | 705 | 75 | 11 | 25 | 50 | 0 |
| 2.2 Wurde nachvollziehbar dokumentiert, warum vorrangige Eingliederungsleistungen nicht eingesetzt werden konnten? | 722 | 351 | 49 | 0 | 0 | 351 |
| 2.3 Wurde nachvollziehbar dokumentiert, welche Integrationsstrategie mit dem Angebot zur Tätigkeit in einer AGH verfolgt wurde? | 722 | 135 | 19 | 0 | 0 | 135 |
| 2.4 Wurde die Festlegung der individuellen Zuweisungsdauer nachvollziehbar dokumentiert? | 722 | 295 | 41 | 0 | 0 | 295 |
| 2.5 Enthielt die zu Beginn der Tätigkeit gültige EinV das Angebot und/oder die Verpflichtung zur Teilnahme an einer AGH ? | 722 | 220 | 30 | 220 | 0 | 0 |

3 Wiederholte Zuweisung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 3.1 Wurden die Gründe für die wiederholte Zuweisung unter Beachtung der Nachrangigkeit nachvollziehbar dokumentiert? | 405 | 206 | 51 | 0 | 0 | 206 |
| 3.2 Wurde nachvollziehbar dokumentiert, welche Integrationsstrategie mit der wiederholten Zuweisung in eine AGH verfolgt wurde? | 405 | 140 | 35 | 0 | 0 | 140 |
| 3.3 Wurde bei wiederholter Zuweisung in AGH die Festlegung einer individuellen Zuweisungsdauer nachvollziehbar dokumentiert? | 405 | 147 | 36 | 0 | 0 | 147 |
| 3.4 Wurde anlässlich der wiederholten Zuweisung eine EinV abgeschlossen/fortgeschrieben, die das Angebot bzw. die Verpflichtung zur Teilnahme an einer AGH beinhaltet? | 405 | 203 | 50 | 203 | 0 | 0 |

4 Zuweisung durch die gemeinsame Einrichtung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 4.1 Erfolgte die abschließende Entscheidung über die Zuweisung in die konkrete Tätigkeit ausschließlich durch die gemeinsame Einrichtung? | 1127 | 76 | 7 | 18 | 58 | 0 |
| 4.2 Erfolgte die Zuweisung in die Tätigkeit vor Beginn schriftlich? | 969 | 181 | 19 | 102 | 79 | 0 |

5 Betreuung durch die gemeinsame Einrichtung

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation |
| 5.1 Wurden die Gründe für die vorzeitige Beendigung einer Tätigkeit nachvollziehbar dokumentiert? | 267 | 15 | 6 | 0 | 0 | 15 |
| 5.2 Wurde die Kundin/der Kunde während der Teilnahme an der AGH nachvollziehbar durch die gemeinsame Einrichtung betreut? | 860 | 248 | 29 | 248 | 0 | 0 |
| 5.3 Wurde Leistungsstörungen nachgegangen? | 10 | 3 | 30 | 0 | 0 | 3 |
| 5.4 Wurde anlässlich der Beendigung der letzten Tätigkeit in einer AGH die Integrationsstrategie im Rahmen eines Beratungsgesprächs angepasst und das Ergebnis dokumentiert? | 961 | 151 | 16 | 151 | 0 | 0 |
| 5.5 Wurde anlässlich der Beendigung der letzten Tätigkeit in einer AGH eine EinV abgeschlossen/fortgeschrieben? | 802 | 61 | 8 | 61 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 821 |
| geprüfte Entscheidungen | 13487 |
| - davon fehlerhaft | 1722 |
| - Anteil in % | 13 |

1 Anspruchsvoraussetzungen

| | | Fehlerart | | | | | | | |
|-----|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 1.1 | Lag bei Ausstellung des BGS Leistungsbezug vor? | 821 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |

2 Beratung

| | | Fehlerart | | | | | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 2.1 | War zum Zeitpunkt der Entscheidung die gewählte Einzelleistung FbW plausibel zu den aktiven Handlungsstrategien? | 817 | 188 | 23 | 18 | 158 | 12 | 0 | 0 |
| 2.2 | Waren die Gründe für die Erforderlichkeit einer FbW dokumentiert? | 821 | 90 | 11 | 33 | 0 | 57 | 0 | 0 |
| 2.3 | Wurde bei Ausgabe des BGS eine EinV abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben, die den BGS als Leistung beinhaltet? | 821 | 250 | 30 | 250 | 0 | 0 | 0 | 0 |

3 Ausstellung des BGS

| | | Fehlerart | | | | | | | |
|-----|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 3.1 | Wurde die Gültigkeitsdauer des BGS auf maximal drei Monate begrenzt? | 821 | 8 | 1 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3.2 | Wurde im BGS eine Weiterbildungsdauer festgelegt? | 821 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3.3 | Wurde im BGS ein Bildungsziel angegeben, das auf die aktuellen persönlichen und arbeitsmarktlichen Belange des eLb abgestellt ist? | 821 | 5 | 1 | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3.4 | Wurde dem eLb eine freie Trägerauswahl ermöglicht? | 820 | 125 | 15 | 125 | 0 | 0 | 0 | 0 |

4 Einlösung des BGS

| | | Fehlerart | | | | | | | |
|-----|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|--------------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/ Übertragungsfehler |
| 4.1 | War der BGS zum Zeitpunkt des Maßnahmenantritts noch gültig? | 821 | 8 | 1 | 8 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.2 | Lag die Dauer der ausgewählten Maßnahme im Rahmen der Festlegung im BGS? | 821 | 31 | 4 | 31 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.3 | Stimmte die ausgewählte Maßnahme mit dem im BGS angegebenen Bildungsziel überein? | 821 | 12 | 1 | 12 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.4 | Ist die Eignung des eLb für das Bildungsziel nachvollziehbar in VerBIS dokumentiert? | 702 | 89 | 13 | 89 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.5 | Wurde bei Vorlage des BGS durch die/den eLb eine EinV unter Bezugnahme auf die bewilligte Maßnahme abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben? | 614 | 311 | 51 | 311 | 0 | 0 | 0 | 0 |

5 Schadenersatz

| | | | | Fehlerart | | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 5.1 Wurde die Schadenersatzpflicht in der EinV ordnungsgemäß dokumentiert? | 741 | 307 | 41 | 307 | 0 | 0 | 0 | 0 |

6 Weiterbildungskosten

| | | | | Fehlerart | | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 6.1 Wurden die erstmalig anfallenden Fahrkosten ordnungsgemäß berechnet? | 664 | 97 | 15 | 47 | 0 | 6 | 44 | 0 |
| 6.2 Wurden die erstmalig anfallenden Kinderbetreuungskosten ordnungsgemäß berechnet? | 67 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

7 Betreuung nach Beendigung der FbW

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | | |
|-----|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 7.1 | Wurde anlässlich der erfolgreichen Beendigung oder des Abbruchs der FbW das Ergebnis eines Beratungsgesprächs zur Anpassung der Integrationsstrategie dokumentiert? | 648 | 112 | 17 | 112 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7.2 | Wurde anlässlich der erfolgreichen Beendigung oder des Abbruchs der FbW die EinV angepasst? | 516 | 56 | 11 | 56 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7.3 | Waren nach Beendigung der Maßnahme die neu erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten in VerBIS dokumentiert? | 191 | 32 | 17 | 32 | 0 | 0 | 0 | 0 |

8 Instrumenteneinsatz

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | | |
|-----|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler |
| 8.1 | Handelte es sich bei dem im BGS angegebenen Bildungsziel um eine FbW? | 318 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|------|
| geprüfte Fälle | 595 |
| geprüfte Entscheidungen | 4804 |
| - davon fehlerhaft | 145 |
| - Anteil in % | 3 |

1 Fördervoraussetzungen Arbeitgeber

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 Wurde der Förderungs Ausschluss "Vorbeschäftigung" beachtet? | 595 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

2 Fördervoraussetzungen Arbeitnehmer

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 Lag zum Zeitpunkt der Aufnahme der geförderten Beschäftigung Leistungsbezug vor? | 595 | 2 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 2.2 War die Notwendigkeit der Förderung mit EGZ hinsichtlich der erschwerten Vermittlung nachvollziehbar begründet? | 595 | 16 | 3 | 0 | 16 | 0 |
| 2.3 War die Notwendigkeit der Förderung mit EGZ hinsichtlich der Minderleistung nachvollziehbar begründet? | 595 | 95 | 16 | 0 | 95 | 0 |

3 Dauer und Höhe der Förderung

| | | | Fehlerart | | | |
|-----|---|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 3.1 | Wurden die dem Personenkreis entsprechenden Regelungen hinsichtlich der Förderdauer beachtet? | 595 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3.2 | Wurden die dem Personenkreis entsprechenden Regelungen hinsichtlich der Förderhöhe beachtet? | 595 | 6 | 1 | 6 | 0 |

4 Individuelle Entscheidung

| | | | Fehlerart | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 4.1 | Wurde das berücksichtigungsfähige Arbeitsentgelt zutreffend festgesetzt? | 594 | 6 | 1 | 3 | 3 |
| 4.2 | Wurde die individuelle Entscheidung zu Höhe und Dauer der Förderung auf der Grundlage des Umfangs der Minderleistung dokumentiert? | 511 | 20 | 4 | 20 | 0 |

5 Schlussabrechnung und Nachbeschäftigung

| | | | Fehlerart | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 5.1 | Wurde bei vorzeitiger Lösung des Beschäftigungsverhältnisses eine Rückzahlung geprüft? | 129 | 0 | 0 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|------|
| geprüfte Fälle | 378 |
| geprüfte Entscheidungen | 3857 |
| - davon fehlerhaft | 542 |
| - Anteil in % | 14 |

1 Fördervoraussetzung

| | | | Fehlerart | | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 Gehörte die/der eLb zum berechtigten Personenkreis? | 378 | 12 | 3 | 12 | 0 | 0 |
| 1.2 Wurde ESG frühestens ab dem Tag der Antragstellung gewährt? | 378 | 15 | 4 | 11 | 0 | 4 |

2 Erforderlichkeit

| | | | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 Wurde in der Kundenhistorie in VerBIS oder in der Förderakte begründet, dass die Gewährung von ESG zur Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich ist? | 378 | 58 | 15 | 58 | 0 | 0 |

3 Eingliederungsvereinbarung

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 3.1 | Lag vor Aufnahme der (Vollzeit-)Selbständigkeit bzw. der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung eine EinV mit Hinweis auf ESG vor? | 377 | 271 | 72 | 271 | 0 | 0 |

4 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder selbständige Erwerbstätigkeit

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|---|------------------|-------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 4.1 | Wurde eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden aufgenommen? | 262 | 2 | 1 | 2 | 0 | 0 |
| 4.2 | Handelte es sich um eine Beschäftigung auf dem allgemeinen (ersten) Arbeitsmarkt? | 262 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 |

5 Selbständige Erwerbstätigkeit

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 5.1 | Wurde nachweislich eine hauptberufliche selbständige Tätigkeit aufgenommen? | 116 | 9 | 8 | 9 | 0 | 0 |
| 5.2 | Erfolgte die Förderung mit ESG frühestens ab tatsächlicher Aufnahme der hauptberuflichen selbständigen Erwerbstätigkeit? | 116 | 4 | 3 | 4 | 0 | 0 |
| 5.3 | Wurde trotz eines Hinweises auf Nichteignung begründet, warum dennoch eine Förderung erfolgt? | 3 | 2 | 67 | 0 | 2 | 0 |
| 5.4 | War die Entscheidung über die Tragfähigkeit des Gründungsvorhabens nachvollziehbar? | 116 | 13 | 11 | 7 | 6 | 0 |

6 Dauer

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|-----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 6.1 | Wurde ESG für maximal 24 Monate bewilligt? | 378 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.2 | Wurde die Bewilligung des maximalen Förderzeitraumes von insgesamt 24 Monaten begründet? | 10 | 1 | 10 | 1 | 0 | 0 |

7 Einzelfallbezogene Bemessung

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 7.1 | Wurde der "Grundbetrag" richtig festgesetzt? | 295 | 29 | 10 | 19 | 10 | 0 |
| 7.2 | Wurde der "Ergänzungsbetrag nach vorheriger Arbeitslosigkeit" richtig festgesetzt? | 120 | 61 | 51 | 56 | 5 | 0 |
| 7.3 | Wurde der "Ergänzungsbetrag nach der Größe der Bedarfsgemeinschaft" richtig festgesetzt? | 146 | 40 | 27 | 32 | 8 | 0 |
| 7.4 | Wurde der Höchstbetrag des ESG beachtet? | 294 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7.5 | Wurde die Entscheidung zur Anwendung der Degression und deren Umfang begründet? | 32 | 10 | 31 | 10 | 0 | 0 |

8 Pauschalierte Bemessung

| | | | Fehlerart | | | | |
|-----|---|------------------|-------------|--------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 8.1 | Lag der pauschalierten Bemessung eine entsprechende ermessenslenkende Weisung zugrunde? | 83 | 14 | 17 | 14 | 0 | 0 |
| 8.2 | Wurde die Förderungshöchstgrenze des ESG beachtet? | 83 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 8.3 | Wurde die Entscheidung zur Anwendung der Degression und deren Umfang begründet? | 30 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|------|
| geprüfte Fälle | 403 |
| geprüfte Entscheidungen | 3811 |
| - davon fehlerhaft | 1573 |
| - Anteil in % | 41 |

1 Berechtigter Personenkreis

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 Lag zu Beginn der Maßnahme Leistungsbezug vor? | 403 | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |

2 Notwendigkeit/Vermerk MAG

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 Wurde nachvollziehbar dokumentiert, dass die Gewährung der MAG notwendig war? | 403 | 144 | 36 | 80 | 64 | 0 | 0 |
| 2.2 Wurde in der Kundenhistorie die Teilnahme an der MAG in einem Vermerk entsprechend der Weisung dokumentiert? | 403 | 179 | 44 | 32 | 0 | 147 | 0 |

3 Zugang mittels Angebot

| | | | | Fehlerart | | | | |
|-----|---|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 3.1 | Lag zum Beginn der Maßnahme eine EinV entsprechend der Weisung vor? | 351 | 260 | 74 | 260 | 0 | 0 | 0 |
| 3.2 | Erhielt die/der eLb vor Beginn der Maßnahme ein schriftliches Angebot entsprechend der Weisung? | 341 | 216 | 63 | 216 | 0 | 0 | 0 |
| 3.3 | Wurde die MAG frühestens ab dem Tag der Antragstellung gewährt? | 358 | 14 | 4 | 10 | 0 | 0 | 4 |

4 Zugang mittels AVGS-MAG

| | | | | Fehlerart | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | |
| 4.1 | Waren auf dem AVGS-MAG Maßnahmeziel, -inhalt und -dauer vermerkt? | 45 | 11 | 24 | 11 | 0 | 0 | 0 |
| 4.2 | Wurde bei Ausgabe des AVGS-MAG eine EinV abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben, die den AVGS-MAG als Leistung beinhaltet? | 45 | 35 | 78 | 35 | 0 | 0 | 0 |
| 4.3 | Hatte die gE im Zuge der Einlösung des AVGS-MAG einen Bewilligungsbescheid über die Teilnahme an der MAG mit einer Rechtsfolgen- und Rechtsbehelfsbelehrung erteilt? | 45 | 38 | 84 | 38 | 0 | 0 | 0 |
| 4.4 | Hatte die/der eLb die MAG erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides begonnen? | 9 | 4 | 44 | 4 | 0 | 0 | 0 |
| 4.5 | Wurde bei Einlösung des AVGS-MAG eine EinV unter Bezugnahme auf die bewilligte MAG abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben? | 41 | 37 | 90 | 37 | 0 | 0 | 0 |
| 4.6 | Lag der tatsächliche Eintritt in die MAG innerhalb der Gültigkeitsdauer des AVGS-MAG? | 45 | 2 | 4 | 2 | 0 | 0 | 0 |

5 Teilnehmerkosten

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 5.1 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Fahrkosten nachvollziehbar begründet? | 187 | 54 | 29 | 10 | 44 | 0 | 0 |
| 5.2 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Kinderbetreuungskosten nachvollziehbar begründet? | 7 | 3 | 43 | 0 | 3 | 0 | 0 |
| 5.3 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Kosten für auswärtige Unterbringung und Verpflegung nachvollziehbar begründet? | 9 | 2 | 22 | 0 | 2 | 0 | 0 |
| 5.4 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Kosten für Arbeitskleidung/Schutzkleidung nachvollziehbar begründet? | 12 | 6 | 50 | 2 | 4 | 0 | 0 |
| 5.5 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der sonstigen Kosten nachvollziehbar begründet? | 5 | 3 | 60 | 1 | 2 | 0 | 0 |

6 Anforderung an die Maßnahme

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|---|--------------------------|------------------|-------------|--------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------|-------------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 6.1 Wurde bei der Durchführung einer Maßnahme von über sechs Wochen die maximale Höchstförderdauer von zwölf Wochen beachtet? | 21 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.2 War die Teilnahme an einer MAG von über sechs Wochen entsprechend der Weisung begründet? | 8 | 1 | 13 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 6.3 Wurde eine erneute Förderung bei demselben Arbeitgeber für dieselbe oder eine ähnliche Tätigkeit nachvollziehbar begründet? | 5 | 1 | 20 | 1 | 0 | 0 | 0 |

7 Anforderungen an den Arbeitgeber

| | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 7.1 | Stellte die gE sicher, dass alle an den Arbeitgeber gestellten Anforderungen vor Beginn der MAG erfüllt waren? | 402 | 319 | 79 | 306 | 0 | 7 | 6 |

8 Förderausschluss

| | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 8.1 | Wurde bei Jugendlichen (U25) der Förderausschluss für Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung beachtet? | 83 | 7 | 8 | 4 | 0 | 0 | 3 |
| 8.2 | Wurde bei festgestellten Reha-Fällen der Förderausschluss bei Zuständigkeit eines anderen Reha-Trägers beachtet? | 5 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

9 Beendigung der Maßnahme

| | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 9.1 | Lag der Berichtsbogen im Anschluss an die MAG vor? | 242 | 143 | 59 | 137 | 0 | 6 | 0 |
| 9.2 | Wurde im Rahmen eines Beratungsgespräches das Ergebnis der MAG ausgewertet und dokumentiert? | 209 | 76 | 36 | 76 | 0 | 0 | 0 |
| 9.3 | Wurde anlässlich der Beendigung der MAG die EinV angepasst? | 127 | 17 | 13 | 17 | 0 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|------|
| geprüfte Fälle | 718 |
| geprüfte Entscheidungen | 7201 |
| - davon fehlerhaft | 1797 |
| - Anteil in % | 25 |

1 Berechtigter Personenkreis

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 Lag zu Beginn der Maßnahme Leistungsbezug vor? | 718 | 5 | 1 | 5 | 0 | 0 | 0 |

2 Profiling/Notwendigkeit/Vermerk MAT

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 War zum Zeitpunkt der Entscheidung die gewählte Einzelleistung MAT plausibel zu den aktiven Handlungsstrategien? | 708 | 43 | 6 | 32 | 11 | 0 | 0 |
| 2.2 Wurde nachvollziehbar dokumentiert, dass die Gewährung der MAT notwendig war? | 718 | 129 | 18 | 95 | 34 | 0 | 0 |
| 2.3 Wurde in der Kundenhistorie die Teilnahme an der MAT in einem Vermerk entsprechend der Weisung dokumentiert? | 718 | 620 | 86 | 79 | 0 | 541 | 0 |

3 Zugang mittels Angebot

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 3.1 Erfolgte die Unterbreitung des Angebotes über die Teilnahme an der MAT ausschließlich durch die gE? | 670 | 13 | 2 | 13 | 0 | 0 | 0 |
| 3.2 Lag zum Beginn der Maßnahme eine EinV entsprechend der Weisung vor? | 669 | 151 | 23 | 151 | 0 | 0 | 0 |
| 3.3 Erhielt die/der eLb vor Beginn der Maßnahme ein schriftliches Angebot entsprechend der Weisung? | 360 | 126 | 35 | 126 | 0 | 0 | 0 |

4 Zugang mittels AVGS-MAT

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 4.1 Waren auf dem AVGS-MAT Maßnahmeziel, -inhalt und -dauer vermerkt? | 48 | 7 | 15 | 7 | 0 | 0 | 0 |
| 4.2 Wurde bei Ausgabe des AVGS-MAT eine EinV abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben, die den AVGS-MAT als Leistung beinhaltet? | 48 | 17 | 35 | 17 | 0 | 0 | 0 |
| 4.3 Hatte die gE im Zuge der Einlösung des AVGS-MAT einen Bewilligungsbescheid über die Teilnahme an der MAT mit einer Rechtsfolgen- und Rechtsbehelfsbelehrung erteilt? | 48 | 14 | 29 | 14 | 0 | 0 | 0 |
| 4.4 Hatte die/der eLb die MAT erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides begonnen? | 37 | 24 | 65 | 24 | 0 | 0 | 0 |
| 4.5 Wurde bei Einlösung des AVGS-MAT eine EinV unter Bezugnahme auf die bewilligte MAT abgeschlossen bzw. eine bestehende fortgeschrieben? | 38 | 31 | 82 | 31 | 0 | 0 | 0 |
| 4.6 Lag der tatsächliche Eintritt in die MAT innerhalb der Gültigkeitsdauer des AVGS-MAT? | 48 | 8 | 17 | 8 | 0 | 0 | 0 |
| 4.7 Lag der Beginn der MAT innerhalb des Zulassungszeitraumes? | 48 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

5 Teilnehmerbezogene Kosten

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 5.1 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Fahrkosten nachvollziehbar begründet? | 347 | 170 | 49 | 105 | 65 | 0 | 0 |
| 5.2 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Kinderbetreuungskosten nachvollziehbar begründet? | 4 | 1 | 25 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 5.3 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der Kosten für Arbeitskleidung/Schutzkleidung nachvollziehbar begründet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 5.4 Wurden Notwendigkeit und Angemessenheit der sonstigen Kosten nachvollziehbar begründet? | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

6 Anforderungen an die Maßnahme

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|---|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 6.1 Wurde bei der Durchführung von Maßnahmeteilen bei einem Arbeitgeber von über sechs Wochen die maximale Höchstförderdauer von zwölf Wochen beachtet? | 31 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.2 War die Teilnahme an Maßnahmeteilen bei einem Arbeitgeber von über sechs Wochen entsprechend der Weisung begründet? | 9 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.3 Wurde bei der Vermittlung beruflicher Kenntnisse die Höchstförderdauer beachtet? | 86 | 1 | 1 | 0 | 0 | 0 | 1 |
| 6.4 Wurde bei der Durchführung von Maßnahmeteilen bei einem Arbeitgeber von über 6 Wochen die maximale Höchstförderdauer von zwölf Wochen beachtet? | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

7 Förderausschluss

| | | | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|---|--|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 7.1 | Wurde bei Jugendlichen (U 25) der Förderausschluss für Maßnahmen zur Förderung der Berufswahl/-ausbildung beachtet? | | | 154 | 6 | 4 | 1 | 0 | 0 | 5 |
| 7.2 | Wurde bei festgestellten Reha-Fällen der Förderausschluss bei Zuständigkeit eines anderen Reha-Trägers beachtet? | | | 8 | 1 | 13 | 1 | 0 | 0 | 0 |

8 Leistungsstörungen

| | | | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|--|--|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 8.1 | Wurde Leistungsstörungen nachgegangen? | | | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

9 Beendigung der Maßnahme

| | | | | Fehlerart | | | | | | |
|-----|--|--|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 9.1 | Lag ein teilnehmerbezogener Bericht bzw. eine Teilnehmerbeurteilung vor? | | | 698 | 222 | 32 | 170 | 0 | 52 | 0 |
| 9.2 | Wurde im Rahmen eines Beratungsgespräches das Ergebnis der MAT ausgewertet und dokumentiert? | | | 468 | 154 | 33 | 154 | 0 | 0 | 0 |
| 9.3 | Wurde anlässlich der Beendigung der MAT die EinV angepasst? | | | 307 | 30 | 10 | 30 | 0 | 0 | 0 |
| 9.4 | Erfolgte die Entscheidung über den Abbruch der MAT durch die gE? | | | 211 | 24 | 11 | 8 | 16 | 0 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|----|
| geprüfte Fälle | 7 |
| geprüfte Entscheidungen | 30 |
| - davon fehlerhaft | 16 |
| - Anteil in % | 53 |

1 Beauftragter für den Haushalt

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|--|-----------------------|------------------|-------------|--|
| 1.1 Wurde die/der Beauftragte für den Haushalt frühzeitig beteiligt? | 7 | 2 | 29 | 2 |

2 Vergabeart

| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|---|-----------------------|------------------|-------------|--|
| 2.1 Wurde ein Verzicht auf öffentliche Ausschreibung mit Ausnahmeregelungen nach § 3 VOL/A begründet? | 7 | 4 | 57 | 4 |

3 Bekanntmachung

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|-----|---|--------------------------|------------------|-------------|---|
| 3.1 | Enthielt die Bekanntmachung alle geforderten Angaben? | 0 | 0 | 0 | 0 |

4 Vergabeunterlagen

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|-----|---|--------------------------|------------------|-------------|---|
| 4.1 | Enthielt die Leistungsbeschreibung alle Bestandteile, die Indizien dafür sind, dass sie eindeutig und erschöpfend ist? | 6 | 2 | 33 | 2 |
| 4.2 | Wurden durch die Leistungsbeschreibung keine Bieter begünstigt oder ausgeschlossen? | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 4.3 | War dokumentiert, dass der Wettbewerb durch die Teilnahme eines Bieters, der die gE zuvor beraten oder unterstützt hat, nicht verfälscht wurde? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 4.4 | Wurde das Ende der Angebotsfrist konkret festgelegt? | 1 | 1 | 100 | 1 |

5 Eingang/Öffnung der Angebote

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|-----|--|--------------------------|------------------|-------------|---|
| 5.1 | Wurden die postalisch eingegangenen Angebote auf dem Umschlag mit einem Eingangsvermerk versehen oder wurden mittels Telekopie bzw. elektronisch oder direkt eingegangene Angebote auf geeignete Weise gekennzeichnet? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 5.2 | Wurde dokumentiert, dass die Angebotsöffnung durch mindestens zwei Vertreter der gE gemeinsam erfolgte? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 5.3 | Wurden nach der Angebotsöffnung Name und Anschrift der Bieter, Endbeträge der Angebote und andere Preisangaben sowie eventuelle Nebenangebote dokumentiert? | 0 | 0 | 0 | 0 |

6 Prüfung und Wertung der Angebote

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|-----|---|--------------------------|------------------|-------------|---|
| 6.1 | Wurden nicht fristgerecht eingegangene Angebote ausgeschlossen, soweit der Bieter die Verspätung zu vertreten hatte? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.2 | Wurde die Entscheidung, Angebote auszuschließen, weisungsbezogen dokumentiert? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6.3 | Wurde die Wertung der Angebote nach denselben Wertungs-/Zuschlags-Kriterien dokumentiert? | 1 | 1 | 100 | 1 |
| 6.4 | Wurden die in den Vergabeunterlagen genannten Kriterien bei der Wertung der Angebote vollständig und ausschließlich berücksichtigt? | 0 | 0 | 0 | 0 |

7 Zuschlag

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart fehlerhafte Rechtsanwendung |
|-----|---|--------------------------|------------------|-------------|---|
| 7.1 | Wurde das Ende der Bindefrist konkret festgelegt? | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 7.2 | Erfolgte der Zuschlag schriftlich, in elektronischer Form oder mittels Telekopie? | 1 | 0 | 0 | 0 |
| 7.3 | Erfolgte nach einer Beschränkten Ausschreibung/Freihändigen Vergabe (beide ohne Teilnahmewettbewerb) ab 25.000 € eine Information über den Auftrag im Internet mit den Mindest-Angaben? | 6 | 6 | 100 | 6 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------|-------|
| geprüfte Fälle | 1208 |
| geprüfte Entscheidungen | 11845 |
| - davon fehlerhaft | 1348 |
| - Anteil in % | 11 |

1 Fördervoraussetzung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 1.1 | Lag zu Beginn der Förderung Leistungsbezug vor? | 1208 | 3 | 0 | 3 | 0 | 0 | 0 |
| 1.2 | Wurde mit der Förderung aus dem VB die Aufnahme oder Anbahnung einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit bzw. einer schulischen Ausbildung unterstützt? | 1208 | 43 | 4 | 33 | 0 | 0 | 10 |
| 1.3 | Wurden Leistungen aus dem VB frühestens ab dem Tag der Antragstellung gewährt? | 1208 | 49 | 4 | 49 | 0 | 0 | 0 |

2 Profiling/Eingliederungsvereinbarung

| | | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | Fehlerart | | | |
|-----|--|-----------------------|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|
| | | | | | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt |
| 2.1 | War zum Zeitpunkt der Entscheidung die gewählte Einzelleistung aus dem Vermittlungsbudget plausibel zu den aktiven Handlungsstrategien? | 1187 | 61 | 5 | 46 | 15 | 0 | 0 |
| 2.2 | Lag zum Zeitpunkt der Entscheidung eine EinV mit der Benennung der geförderten Einzelleistung oder ein allgemeiner Hinweis auf die Förderung aus dem VB vor? | 1198 | 512 | 43 | 512 | 0 | 0 | 0 |

3 Notwendigkeit der Förderung aus dem VB

| | | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|---|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler | |
| 3.1 | Wurde nachvollziehbar dokumentiert, dass die Gewährung von Leistungen aus dem VB notwendig ist? | 1208 | 227 | 19 | 93 | 0 | 134 | 0 | 0 |

4 Grenzen der Förderung

| | | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|--|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler | |
| 4.1 | Wurde der Leistungsvorrang/Leistungsausschluss beachtet ? | 1208 | 78 | 6 | 32 | 0 | 0 | 46 | 0 |
| 4.2 | Wurde bei der Förderung aus dem VB das Umgehungs- und Aufstockungsverbot beachtet? | 1208 | 45 | 4 | 45 | 0 | 0 | 0 | 0 |

5 Individuelle Entscheidung

| | | | | Fehlerart | | | | | |
|-----|---|------------------|-------------|-----------------------------|------------------------------------|-----------------------------|----------------------------|----------------------------|---|
| | Anzahl Entscheidungen | davon fehlerhaft | Anteil in % | fehlerhafte Rechtsanwendung | Entscheidung nicht nachvollziehbar | unzureichende Dokumentation | unaufgeklärter Sachverhalt | Rechen-/Übertragungsfehler | |
| 5.1 | Wurde die Entscheidung zur Angemessenheit hinsichtlich Höhe/Dauer der gewährten Einzelleistung ausreichend begründet? | 1208 | 264 | 22 | 135 | 0 | 129 | 0 | 0 |
| 5.2 | Wurden die im Rahmen der Ermessensausübung zugesagten Leistungen - maximal in Höhe der tatsächlich nachgewiesenen Kosten - gewährt? | 1004 | 66 | 7 | 65 | 0 | 0 | 0 | 1 |

0 Übersicht

| | |
|----------------------------|------|
| Fehlerquote in % | 27 |
| Anzahl geprüfte Aspekte | 672 |
| - davon erfüllt | 396 |
| - davon teilweise erfüllt | 124 |
| - davon nicht erfüllt | 110 |
| - davon entfällt | 42 |
| höchst möglicher Punktwert | 1260 |
| - tatsächlicher Punktwert | 916 |

1 Fachaufsicht

| | Bewertung | | | |
|---|-----------|-------------------|---------------|----------|
| | erfüllt | teilweise erfüllt | nicht erfüllt | entfällt |
| 1.1 Wurden identifizierte Risiken bei der Festlegung der Regelungen zur Fachaufsicht berücksichtigt? | 26 | 9 | 7 | 0 |
| 1.2 War die Auswahl der in der Fachaufsicht zu prüfenden Fälle geregelt? | 14 | 12 | 16 | 0 |
| 1.3 War der Umfang der bei der Fachaufsicht zu prüfenden Fälle geregelt? | 31 | 7 | 4 | 0 |
| 1.4 Waren die Prüfgegenstände der Fachaufsicht geregelt? | 34 | 4 | 4 | 0 |
| 1.5 Gab es Regelungen zur Prüfhäufigkeit? | 34 | 4 | 4 | 0 |
| 1.6 War die Dokumentation der Fachaufsicht geregelt (Dokumentationsrichtlinien)? | 30 | 6 | 6 | 0 |
| 1.7 Gab es Richtlinien zur Berichterstattung über die Fachaufsicht? | 23 | 10 | 9 | 0 |
| 1.8 Waren die Verantwortlichkeiten für die Fachaufsicht im Sinne des IKS-Handbuch 4. Teil C geregelt? | 31 | 5 | 6 | 0 |
| 1.9 Waren die Regelungen zur Fachaufsicht in einem Fachaufsichtskonzept zusammengefasst? | 28 | 3 | 11 | 0 |
| 1.10 War geregelt, dass die Führungskräfte Maßnahmen zur Reduzierung der aus der Fachaufsicht erkannten Defizite einleiten? | 23 | 10 | 9 | 0 |
| 1.11 Wurden Aktivitäten/Maßnahmen aus den Erkenntnissen der Fachaufsicht abgeleitet? | 32 | 6 | 4 | 0 |
| 1.12 Waren aus der Fachaufsicht abgeleitete Aktivitäten/Maßnahmen nachvollziehbar dokumentiert? | 28 | 9 | 0 | 5 |
| 1.13 Kontrollierte der BL die Quantität der durch die TL durchgeführten Fachaufsicht? | 17 | 4 | 2 | 19 |
| 1.14 Kontrollierte der BL die Qualität der durch die TL durchgeführten Fachaufsicht? | 7 | 13 | 4 | 18 |
| 1.15 Kontrollierte der GF die Durchführung der Fachaufsicht durch BL/TL? | 25 | 5 | 12 | 0 |
| 1.16 Gab es ein Verfahren zur Anpassung der Fachaufsicht an die aktuellen Risiken? | 13 | 17 | 12 | 0 |

0 Übersicht

| | |
|---------------------------|------|
| Fehlerquote in % | 30 |
| Anzahl geprüfte Aspekte | 4760 |
| - davon erfüllt | 1387 |
| - davon teilweise erfüllt | 562 |
| - davon nicht erfüllt | 445 |
| - davon entfällt | 2366 |
| höchstmöglicher Punktwert | 4788 |
| - tatsächlicher Punktwert | 3336 |

1 Prüfumfang und -rhythmus

| | Bewertung | | | |
|--|-----------|-------------------|---------------|----------|
| | erfüllt | teilweise erfüllt | nicht erfüllt | entfällt |
| 1.1 Erfolgte die Auswahl der zu prüfenden Fälle entsprechend der Festlegung? | 98 | 8 | 25 | 345 |
| 1.2 Erfolgt die Prüfungen mindestens im vorgesehenen Umfang? | 147 | 75 | 42 | 212 |
| 1.3 Erfolgt die Prüfungen mindestens im vorgesehenen Rhythmus? | 154 | 71 | 51 | 200 |
| 1.4 War der Prüfungsumfang angemessen? | 244 | 128 | 104 | 0 |
| 1.5 War der Prüfungsrhythmus angemessen? | 242 | 127 | 107 | 0 |

2 Bewertung

| | Bewertung | | | |
|---|-----------|-------------------|---------------|----------|
| | erfüllt | teilweise erfüllt | nicht erfüllt | entfällt |
| 2.1 Wurden die Kontrollergebnisse schriftlich bewertet? | 107 | 55 | 98 | 216 |
| 2.2 Waren die Bewertungen inhaltlich schlüssig? | 123 | 26 | 5 | 322 |

3 Aktivitäten / Maßnahmen

| | | Bewertung | | | |
|-----|--|-----------|-------------------|---------------|----------|
| | | erfüllt | teilweise erfüllt | nicht erfüllt | entfällt |
| 3.1 | Wurden bei Bedarf Aktivitäten/Maßnahmen festgelegt? | 91 | 30 | 9 | 346 |
| 3.2 | Waren die Aktivitäten/Maßnahmen inhaltlich schlüssig? | 101 | 18 | 0 | 357 |
| 3.3 | Wurden festgelegte Aktivitäten/Maßnahmen termingerecht erledigt? | 80 | 24 | 4 | 368 |

0 Übersicht

| | |
|-------------------------------------|-----|
| geprüfte gE | 14 |
| geprüfte Entscheidungen | 283 |
| - davon von Empfehlungen abweichend | 130 |
| - Anteil in % | 46 |

1 Kundenkontaktdichtekonzept

| | Anzahl Entscheidungen | davon abweichend von Empfehlungen | Anteil in % |
|--|--------------------------|---|-------------|
| 1.1 Nutzte die gE ein dezentrales Kundenkontaktdichtekonzept? | 14 | 1 | 7 |
| 1.2 Erfasste das von der gE vorgelegte dezentrale Kundenkontaktdichtekonzept alle eLb, die nach dem 4-PM betreut werden? | 13 | 1 | 8 |
| 1.3 Wurde bei der Festlegung von Mindestkontaktdichten Bezug auf den Gültigkeitszeitraum der Eingliederungsvereinbarung (grundsätzlich 6 Monate) genommen? | 13 | 6 | 46 |
| 1.4 War geregelt, was als Kontakt im Sinne des dezentralen Kundenkontaktdichtekonzeptes gilt? | 13 | 4 | 31 |
| 1.5 Wurde die regelmäßige Dauer eines "qualifizierten" Kontaktes im Rahmen eines Erstgespräches im dezentralen Konzept festgelegt (inkl. Vor- und Nachbereitungszeit)? | 13 | 12 | 92 |
| 1.6 Wurde die regelmäßige Dauer eines "qualifizierten" Kontaktes im Rahmen eines Folgegespräches im dezentralen Konzept festgelegt (inkl. Vor- und Nachbereitungszeit)? | 13 | 12 | 92 |
| 1.7 War die Profillage des Kunden das entscheidende Kriterium für die Festlegung des Umfangs und des Zeitpunktes für Kundenkontakte im Rahmen des dezentralen Kundenkontaktdichtekonzeptes? | 13 | 3 | 23 |
| 1.8 Sah das dezentrale Konzept vor, jeden Kundenkontakt mit seinen wesentlichen Gesprächsinhalten in der VerBIS Kundenhistorie in einem halbautomatischen "Beratungsvermerk zur Standortbestimmung" oder einem "Beratungsvermerk" als "persönlicher Kontakt" zu dokumentieren? | 13 | 10 | 77 |
| 1.9 Wurde im dezentralen Konzept der Empfehlung gefolgt, am Ende eines jeden Kundenkontaktes den nächsten Gesprächstermin auf Basis der festgelegten Mindestkontaktdichte direkt mit dem Kunden zu vereinbaren, zu terminieren und als Einladung mit Rechtsfolgen auszuhändigen oder zuzusenden? | 13 | 11 | 85 |

2 Kundenkontaktdichte

| | Anzahl Entscheidungen | davon abweichend von Empfehlungen | Anteil in % |
|---|--------------------------|---|-------------|
| 2.1 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Marktprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 9 | 82 |
| 2.2 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Aktivierungsprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 9 | 82 |
| 2.3 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Förderprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 5 | 45 |
| 2.4 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Entwicklungsprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 10 | 91 |
| 2.5 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Stabilisierungsprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 5 | 45 |
| 2.6 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit "Unterstützungsprofil" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 4 | 36 |
| 2.7 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit der "Profillage I" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 11 | 100 |
| 2.8 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit der "Profillage Z" den Empfehlungen der Zentrale? | 10 | 3 | 30 |
| 2.9 Entsprach die vorgesehene Kontaktdichte für Kunden mit der "Profillage U25" den Empfehlungen der Zentrale? | 11 | 2 | 18 |

3 Gemeinsame Einrichtungen ohne dezentrales Kundenkontaktdichtekonzept

| | Anzahl Entscheidungen | davon abweichend von Empfehlungen | Anteil in % |
|---|--------------------------|---|-------------|
| 3.1 Beabsichtigte die gE, künftig ein Kundenkontaktdichtekonzept zu entwickeln und zu nutzen? | 1 | 1 | 100 |

4 Ausübung der Fachaufsicht im Bereich der Kundenkontaktdichte in der gE

| | Anzahl Entscheidungen | davon abweichend von Empfehlungen | Anteil in % |
|--|--------------------------|---|-------------|
| 4.1 Waren gE-interne Regelungen zur Durchführung der Fachaufsicht im Hinblick auf die Kundenkontaktdichte vorhanden? | 14 | 5 | 36 |
| 4.2 Wurde Fachaufsicht im Bereich der Kundenkontaktdichte durchgeführt? | 14 | 4 | 29 |
| 4.3 Dokumentierte die gE die Ergebnisse der Fachaufsicht/Nachhaltung im Bereich der Kundenkontaktdichte? | 10 | 2 | 20 |
| 4.4 Informierte die gE die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen über die Ergebnisse der Fachaufsicht/Nachhaltung im Bereich der Kundenkontaktdichte? | 10 | 0 | 0 |
| 4.5 Leitete die gE aus den Ergebnissen der Fachaufsicht/Nachhaltung zielführende Maßnahmen ab? | 9 | 0 | 0 |
| 4.6 Hielt die gE die Umsetzung der eingeleiteten Maßnahmen nach? | 9 | 0 | 0 |